

DUHwelt

magazin

Deutsche Umwelthilfe e.V. und Global Nature Fund

www.duh.de, www.globalnature.org

3/2024



Energiewende auf Irrfahrt

Bayern schießt gegen
den Artenschutz

Mit Frauenpower zu mehr
Waldschutz in Indien

Kein Schlupfloch für
Klimakiller-Pestizide



Foto: Erdmann/DUH

Prof. Dr. Margit Mönnecke
Bundesvorsitzende
Deutsche Umwelthilfe e.V.

Liebe Leserin, lieber Leser,

schon in den vergangenen Jahren konnten wir in Gerichtssälen wegweisende Entscheidungen für das Klima erwirken. Dass die unzureichende Klimapolitik die Freiheits- und Grundrechte künftiger Generationen beeinträchtigt, bestätigte uns das Bundesverfassungsgericht bereits vor drei Jahren. Jetzt ziehen wir mit elf jungen Klägerinnen und Klägern erneut nach Karlsruhe. Denn die Ampelkoalition, die als „Klimaregierung“ angetreten ist, kommt mit dem Entkernen des Klimaschutzgesetzes allzu weit vom Kurs ab.

Mit naturzerstörenden Gasbohrungen im ökologisch sensiblen Wattenmeer und mit LNG-Großbaustellen ebnet die Politik fossilen Konzernen den Weg, die dringend notwendige Energiewende über Bord zu werfen. Befürchtete Engpässe in der Gasversorgung, die selbst 2022 nach dem Überfall auf die Ukraine nie eintraten, müssen als Begründung herhalten. Und das, obwohl die Gasspeicher schon im August dieses Jahres zu mehr als 90 Prozent gefüllt waren und der Gasverbrauch weiter sinkt.

Der Raub an künftigen Generationen zeigt sich auch, wenn der angeblich klimafreundliche Diesel-Kraftstoff HVO100 als „gebrauchtes Frittenfett“ angepriesen wird. Dies entlarven wir als Scheinlösung, die das Abholzen von Regenwäldern und damit auch das Artensterben vorantreibt.

Einer der vielen Erfolge, von denen Sie in dieser Ausgabe lesen: Wir haben mehr Klimaschutz im Sektor Landnutzung durchgesetzt. Es ist das erste Mal, dass ein Umweltverband eine Verurteilung der Bundesregierung zu sofortigen Klimaschutzmaßnahmen erreicht.

Wir werden die Politik und fossile Konzerne daran hindern, die Energiewende und die dringend notwendigen Klimaschutzmaßnahmen in eine ferne Zukunft zu verschieben. Dafür treten wir weiter ein! Danke, dass Sie uns so sehr dabei unterstützen!

Ihre

Editorial

Auf ein Wort 2

Aktuell

Durchbruch fürs Klima: Erstes Klimaurteil gegen die Bundesregierung rechtskräftig 4

Impressum 4

Geschönte Daten: Stickoxide in Europas Luft 5

Etappensieg für Mehrweg 5

Titel

Mehr Wende wagen 6

Die energiepolitischen Entscheidungen der Bundesregierung weichen weiter vom international vereinbarten Kurs ab: den Pariser Klimazielen. Mit dem Neubau fossiler Infrastruktur und fehlenden Regeln für wichtige Bausteine der Energiewende steuert die Politik auf weitere Probleme zu.

In Zahlen

Längst nicht grün: Strom und Wärme 12

Themen

Klima-Verfassungsbeschwerde 2.0 mit jungen Menschen 14

Zukunft bewahren für den Jaguar 16

Auf einen Spaziergang mit der DUH 17

Frauenpower für die Westghats: Waldschutz in Indien 18

Mit Klimakiller-Pestizid auf dem Holzweg 20

CCS – Klimapolitische Sackgasse und Gefahr für unsere Meere 21

Bayern nimmt Fischotter erneut ins Visier 22

Sportsgeist für die Umwelt 24

Hey Bundesliga, mach dich endlich fit fürs Klima! 25

Der Weg nach besser geht anders 25

HVO100: Palmöl durch die Hintertür 26

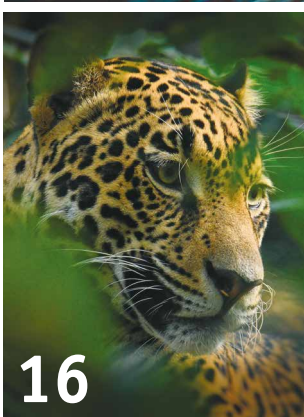
Klaus Töpfer: Umweltpionier für Deutschland, Europa und die Welt 28

DUH intern

Berufswunsch mit Perspektive:
Die Zukunft nachhaltig gestalten 32

Unbekannte Tierart

Die Geheimnisse der Apotheker-Schlange 34
Hierzulande ist die wärmeliebende Äskulapnatter selten.



Titel:
Deutschland importiert LNG
vorwiegend aus den USA, geliefert
wird es in großen Tankern.
© picture alliance/Jörg Carstensen

Durchbruch fürs Klima: Erstes Klimaurteil gegen die Bundesregierung rechtskräftig



Naturnahe Wälder und andere intakte Landschaften sind Klimaschützer: Sie speichern Kohlenstoff in ihren Böden und in der Vegetation.

Das von der DUH errungene wegweisende Urteil gegen die Bundesregierung für mehr Klimaschutz im Landnutzungssektor (LULUCF) ist rechtskräftig. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg bestätigte am 13. September, dass das federführende Bundesumweltministerium keine Revision gegen die Verurteilung aus dem Mai 2024 eingelegt hat. Es ist das erste Mal, dass ein

Umweltverband eine rechtskräftige Verurteilung der Bundesregierung zu sofortigen konkreten Klimaschutzmaßnahmen vor einem Verwaltungsgericht erwirken konnte. „Umweltministerin Steffi Lemke hat verstanden, dass wirksame Klimaschutzmaßnahmen nicht nur dringend notwendig, sondern auch rechtlich unvermeidlich sind und auf eine Revision und damit

weitere Verzögerung verzichtet“, so Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH. „Im Landnutzungs-Sektor werden die Klimaziele mit den bisher geplanten Maßnahmen zu praktisch 100 Prozent verfehlt. Im Jahr 2045 soll der Sektor eigentlich 40 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente speichern, bereits jetzt und mit den jahresgebundenen Zielen für 2030, 2040

und 2045 soll der Sektor als Senke für unvermeidbare Restemissionen aus anderen Bereichen wie der Zementindustrie dienen. Laut Berechnungen wird er aber sogar 2045 noch CO₂ ausstoßen.“

Mit dem nun rechtskräftigen Urteil verpflichten die Richterinnen und Richter die Bundesregierung, jetzt so weitgehende Klimaschutzmaßnahmen zu verabschieden, dass die Ziele eingehalten werden. Um diesen erheblichen Umfang zu erreichen, sind Maßnahmen notwendig wie deutlich weniger Holzentnahme aus deutschen Wäldern, eine schnellere und umfangreichere Wiedervernässung von mindestens 50.000 Hektar Moor pro Jahr und keine weitere Förderung der Holzverbrennung in Kraftwerken. Auch die Landwirtschaft muss mehr zum Klimaschutz beitragen.

Wir fordern Steffi Lemke und Landwirtschaftsminister Cem Özdemir – in dessen Zuständigkeit die meisten nun zu treffenden Maßnahmen fallen – auf, bis zum 31. Oktober 2024 einen Entwurf mit geplanten Maßnahmen vorzulegen. Dieser muss innerhalb von sechs Monaten verabschiedet werden. (ak)

IMPRESSUM

Zeitschrift für Mitglieder und Förderer der Deutschen Umwelthilfe e.V. und des Global Nature Fund

■ Herausgeber: Deutsche Umwelthilfe e.V., Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell, Tel.: 07732 9995-0, Fax: -77, info@duh.de, www.duh.de ■ V.i.S.d.P.: Jürgen Resch
 ■ Redaktion: Jutta Kochendörfer (jk), Andrea Kuper (ak) ■ Autorinnen und Autoren: Johanna Büchler (jb), Peer Cyriacks, Kathrin Demel (kd), Katharina Gehrig (kg), Theresa Grabmeier (tg), Judith Grünert, Philipp Herrberg (ph), Christin Hildebrandt (ch), Eike Hinrichsen, Helena Holenweger, Nele Janssen (nj), Kathrin Lehmann, Maike Mehlis (mm), Sascha Müller-Kraenner, Kerstin Podere (kp), Jürgen Resch, Annika Schall (as), Julian Schwarzkopf, Isabel Seeger (is), Christoph Störmer, Clara Winkler ■ Gestaltung: Anke Thiele-Janzen

In DUHwelt-Artikeln verwenden wir in Bezug auf Personen oder ihre Funktionen nicht immer das grammatische Femininum und Maskulinum (z.B. Naturschützerinnen und Naturschützer) nebeneinander. Dort, wo aus Gründen der Vereinfachung nur die männliche Form gewählt wurde, sind aber dennoch alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gemeint.

■ Druck: Johnen Druck GmbH & Co. KG, Bernkastel-Kues ■ Anzeigen: Jutta Kochendörfer; es gilt die Anzeigenpreisliste 2024 ■ Verlag und Vertrieb: DUH Umweltschutz-Service GmbH, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell ■ Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier ■ Heftpreis: 2,00 Euro

■ Spendenkonto: SozialBank Köln | IBAN: DE45370205000008190002 SWIFT/BIC: BFSWDE33XXX

Deutsche Umwelthilfe und Global Nature Fund werden von zahlreichen Förderern finanziell unterstützt. Die Artikel der DUHwelt geben nicht in jedem Fall die Meinung der Förderer wieder.

Geschönte Daten: Stickoxide in Europas Luft

Das Ausmaß der Luftverschmutzung mit dem Dieselabgasgift Stickstoffdioxid (NO₂) in Bulgarien, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Kosovo und Rumänien wird durch staatliche Behörden systematisch verschleiert. Das belegen im September veröffentlichte Ergebnisse aus über 300 Luftqualitäts-Messungen der DUH aus dem Zeitraum 2022 bis 2024. Nach europäischem Recht müssen Messungen in allen EU-Staaten dort durchgeführt werden, wo die Luftverschmutzung erwartbar am höchsten ist.

An 64 Standorten ergaben die DUH-Messungen abseits der offiziellen Messstationen eine deutlich höhere NO₂-Belastung als behördlich angegeben. An 55 Stellen wurden zudem NO₂-Konzentrationen gemessen, die über dem verbindlichen, seit über 14 Jahren geltenden EU-Jahresmittelgrenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter liegen. Die DUH kritisiert, dass

offizielle Messstationen offenbar rechtswidrig abseits von Belastungs-Hotspots aufgestellt sowie teilweise ungeeignete Messgeräte verwendet werden.

Dazu sagt DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch: „Bundesverkehrsminister Wising setzt auf Neuwagen für Deutschland und auf den Export von vom Dieselskandal betroffenen Gebrauchtwagen nach Osteuropa. Statt das Problem schmutziger Diesel zu lösen, verschiebt der Minister es einfach in unsere Nachbarländer. Gleichzeitig verschlei-

ern die Behörden vor Ort das Problem. Leidtragende sind die Menschen in Osteuropa, die der Luftverschmutzung ausgesetzt sind. Als Folge der Belastung mit dem Dieselabgasgift NO₂ sterben Jahr für Jahr mehr als 142.000 Menschen in der EU vorzeitig. Wir fordern eine unabhängige Überprüfung aller offiziellen Messstationen in Europa, damit das wahre Ausmaß der Luftverschmutzung nicht länger verschleiert wird. Schmutzige, manipulierte Diesel-Pkw müssen auf Kosten der Hersteller nachgerüstet werden

und dürfen nicht ins Ausland abgeschoben werden.“

Der im September vorgelegte Bericht mit Ergebnissen der jüngsten NO₂-Messungen ist Teil einer seit 2018 andauernden Messaktion, in der die DUH lokale NGOs und Initiativen in ganz Europa bei NO₂-Messungen unterstützt. Über 5.000 NO₂-Messungen wurden bisher in 19 Ländern durchgeführt. Ziel ist, Belege für die gravierenden Mängel im offiziellen Messnetz staatlicher Behörden zu sammeln und Aufmerksamkeit auf diese europaweiten Missstände zu lenken.

Die verwendete Messmethode mit sogenannten „Passivsammlern“ wurde wissenschaftlich vielfach bestätigt und wird auch von staatlichen Behörden selbst verwendet, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen. Eine Übersicht aller Messergebnisse ist auf einer „Abgas-Alarm-Karte“ einzusehen: www.duh.de/no2airpollution.



Etappensieg für Mehrweg

Gastronomieunternehmen, die der Mehrwegangebotspflicht unterliegen, sind dafür verantwortlich, entsprechende Verpackungen immer ausreichend vorrätig zu haben. Im September urteilte dies das Landgericht Berlin nach unserer Klage

gegen einen Franchisenehmer von Back-Factory. Die gesetzliche Angebotspflicht soll den massenhaften Verbrauch von Einweggeschirr verringern und damit den Klima- und Ressourcenschutz voranbringen. Unsere Testbesucher hatten in Filialen

des Franchisenehmers Getränke nur in Einweg-Bechern erhalten, obwohl er angab, mit einem Mehrwegsystem zu arbeiten.

Dazu Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der DUH: „Die erschreckenden Müllmengen von bundesweit 5,8 Milliarden Ein-

weg-Bechern und 4,5 Milliarden Einweg-Essensboxen pro Jahr zeigen: Ein bisschen Mehrweg reicht nicht aus. Es ist ein Armutszeugnis, dass die zuständigen Landesbehörden kaum Kontrollen der Mehrwegangebotspflicht durchführen.“ (jk)

Korrektur: Auf Seite 11 in der DUHwelt 2/2024 muss es richtig heißen: Über 50 Hektar Land „verbrauchen“ wir für unsere Siedlungen und den Verkehr – täglich. Jedes Jahr etwa ein Fünftel der Fläche der Insel Rügen.

Mehr Wende wagen

Die Energie- und Wärmewende in Deutschland ist weiter auf Zickzack-Kurs. Die inkonsequente Umsetzung zeigt sich am Krimi um die geplanten Gasbohrungen vor Borkum und dem Bau einer überdimensionierten LNG-Infrastruktur. Während die Politik immer noch den roten Teppich für die Gasindustrie auslegt, tritt sie bei potenziell zukunftsfähigen Technologien auf die Bremse: Mit Fernwärme könnten Öl- und Gasheizungen ersetzt werden, doch es fehlen Regularien, die die Klima- und Verbraucherfreundlichkeit von Fernwärme sicherstellen. Wertvolle Zeit für den Schutz unseres Klimas wird vergeudet.

■ von Judith Grünert, Eike Hinrichsen, Helena Holenweger, Kathrin Lehmann,
Julian Schwartzkopf und Clara Winkler





Fotos: picture alliance/Stefan Sauer (l.), DUH (r.)

Borkum ist eine kleine ostfriesische Insel im Nationalpark und UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer, direkt an der niederländischen Grenze. Hier will das Öl- und Gasunternehmen One-Dyas in der Nordsee nach Gas bohren, nur 500 Meter von dem Naturerbe-Gebiet entfernt. Seit zwei Jahren wehren wir uns gemeinsam mit unseren Partnern in Deutschland und den Niederlanden juristisch gegen diese absurden fossilen Pläne. Die Verbrennung des geförderten Gases würde nicht nur Millionen von Tonnen CO₂ freisetzen und damit den Pariser Klimazielen entgegenstehen, auch die Konstruktion der Plattform sowie die Bohrungen könnten irreversible Umweltschäden an den Ökosystemen vor Ort verursachen. Das Absurde daran: Das Gas wird nicht einmal gebraucht.

Die fossile Energiewirtschaft versucht alles

Seit zwei Jahren gelingt es uns nun schon, das Gasprojekt vor Borkum aufzuhalten. In den letzten Wochen hat One-Dyas den Druck jedoch merklich erhöht. Nachdem das niederländische Gericht uns im April 2024

Recht gegeben und die Gasbohrungen auf der niederländischen Seite wegen zu hoher Stickstoffemissionen und zum Schutz des Schweinswals untersagt hat, erlangte One-Dyas im Mai mit Hilfe juristischer Tricks eine neue Genehmigung. Diese gilt allerdings unter der Bedingung, dass die Gasbohrplattform mit erneuerbarem Strom betrieben wird. Den Versuch, die Plattform an den Offshore-Windpark Riffgat anzubinden, womit einzigartige Riffe unwiederbringlich zerstört werden würden, haben wir verhindert, indem wir gegen die Verlegung der Kabeltrasse im Meeresboden geklagt haben und am 7. August 2024 mit einem Eilantrag einen Baustopp vor dem Verwaltungsgericht Oldenburg erwirken konnten.

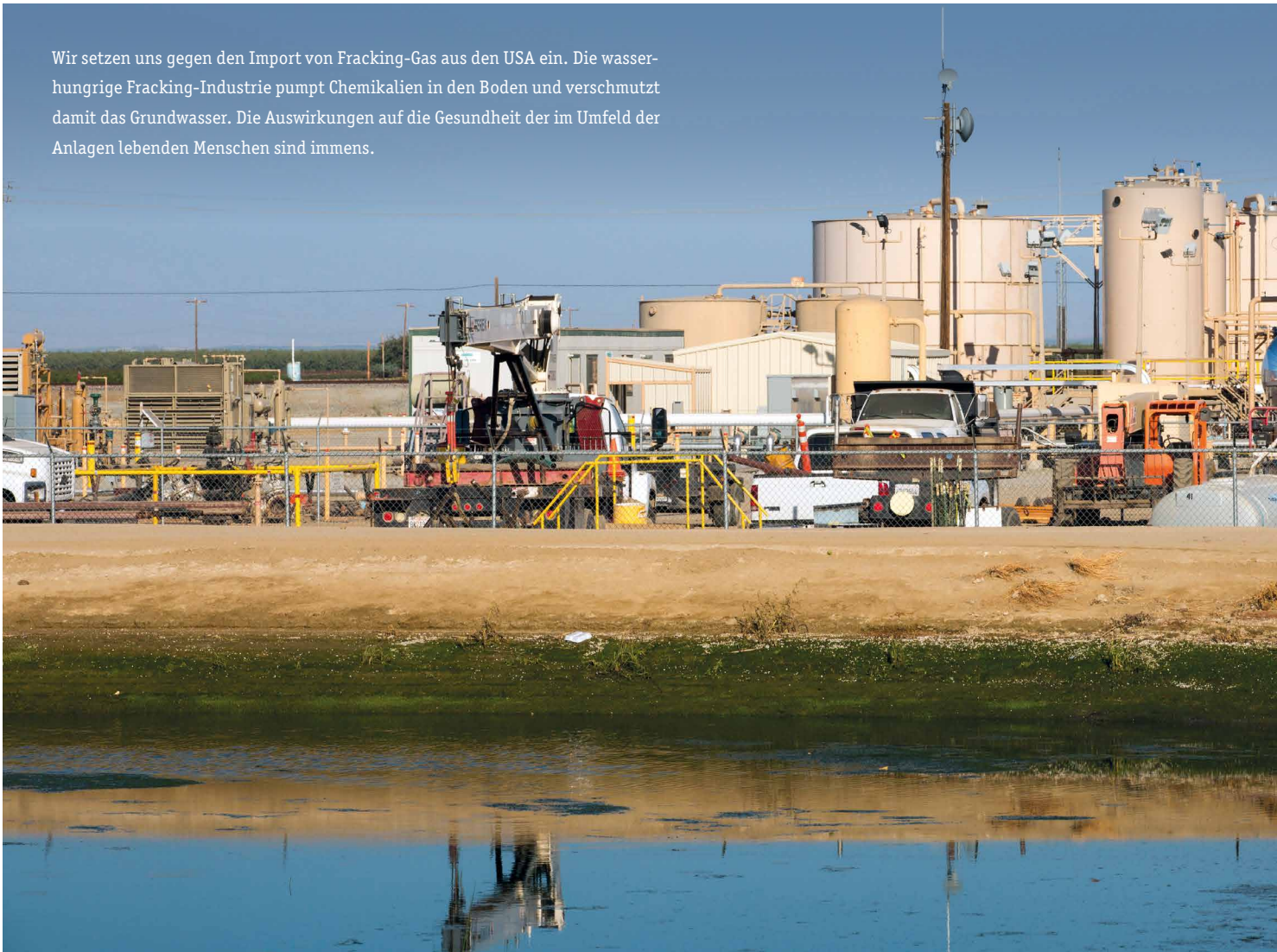
Doch nur wenige Tage später erteilte das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) die bergrechtliche Genehmigung für die von One-Dyas geplante Gasförderung vor Borkum. Damit erlaubt die Behörde, die dem niedersächsischen Wirtschaftsminister Olaf Lies unterstellt ist, Richtbohrungen im deutschen Teil des Gasfelds. Hintergrund dürfte ein Schachzug von One-Dyas sein, mit dem der Konzern massiven Druck auf die Politik in Deutschland ausübt: In einem



◀ Mit riesigen Tankern wird LNG-Gas nach Deutschland importiert. Wir gehen vor Gericht gegen die überdimensionierte neue Gasinfrastruktur an unseren Küsten vor.

^ Wir kämpfen dafür, dass die Bundesregierung der Gasförderung in der Nordsee eine klare Absage erteilt – vor Gericht und mit großen Protestaktionen auf Borkum und in Berlin.

Wir setzen uns gegen den Import von Fracking-Gas aus den USA ein. Die wasserhungrige Fracking-Industrie pumpt Chemikalien in den Boden und verschmutzt damit das Grundwasser. Die Auswirkungen auf die Gesundheit der im Umfeld der Anlagen lebenden Menschen sind immens.



Drohbrief an die niedersächsische Landesregierung kündigt das Gasunternehmen Schadenersatzklagen an, sollte das Projekt nicht auch von deutscher Seite genehmigt werden. Gegen die nun erteilte Genehmigung des LBEG werden wir wiederum rechtliche Schritte einleiten.

Der Kampf gegen die Gasplattform N05-A ist dabei nur der Anfang. One-Dyas will noch weitere Gasfelder in der Nordsee sowohl auf deutscher als auch niederländischer Seite erschließen und damit zusätzlich eine vielfache Menge an Gas fördern.

Gegen die Pläne des Konzerns formiert sich mittlerweile deutschlandweit und bewegungsübergreifend Widerstand und auch wir als DUH werden alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, diesen Wahnsinn zu stoppen. Wenn hierzulande erlaubt wird, fossile Energiequellen neu zu erschließen, stellt dies die klimapolitische Glaubwürdigkeit Deutschlands beispielsweise in den internationalen

Klimaverhandlungen weiter in Frage. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich einzuschalten und die Bohrungen zu verhindern.

Fracking: not here, not anywhere

Die DUH kämpft nicht nur gegen fossile Projekte vor der eigenen Haustür. Wir setzen uns auch gegen den Import von Fracking-Gas aus den USA ein.

Bis zu neun Terminals für Flüssigerdgas (LNG) will die Bundesregierung bis 2030 bauen lassen. Das ist überdimensioniert, die hohen Import-Kapazitäten werden laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung weder gebraucht, noch sind sie mit unseren Klimazielen vereinbar. Die Klimaziellücke lässt sich nicht schließen, wenn immer mehr fossiles Gas gefördert und importiert wird. Deswegen geht die DUH vor Gericht gegen mehrere LNG-Terminals vor. Der LNG-Hype ist nicht nur für Deutschland

verheerend. Bei etwa 80 Prozent der deutschen LNG-Importe handelt es sich um US-Fracking-Gas. Der deutsche LNG-Ausbau befeuert also auch die Fracking-Bonanza in den USA. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wurden die Fracking-Gebiete und die Exportkapazitäten dort massiv ausgeweitet.

Fracking-LNG: das dreckigste Gas, das wir kaufen können

Die Umweltschäden, die die Risikotechnologie mit sich bringt, umfassen die Verschmutzung von Wasser und Atemluft sowie extremen Wasserverbrauch in oft schon wasserarmen Gebieten. Auch die gesundheitlichen Auswirkungen wie Krebs, Atemwegserkrankungen und Fehlbildungen bei Neugeborenen sind durch zahlreiche Studien belegt. Überproportional häufig sind insbesondere in den USA bereits benachteiligte Bevölkerungsgruppen von der fossilen Verschmutzung betroffen.



Mehr Energiewende zum Mitmachen

Trotz vollmundiger Versprechen hat die Bundesregierung auch versäumt, ausreichende Rahmenbedingungen für die Energiewende von unten und die dauerhafte Akzeptanz für Erneuerbare Energien zu schaffen. Zugleich versuchen Rechtspopulisten immer wieder gezielt, die Energiewende in Misskredit zu bringen. Innovative Ansätze einer partizipativen Energiewende, die die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, sind daher wichtiger denn je.

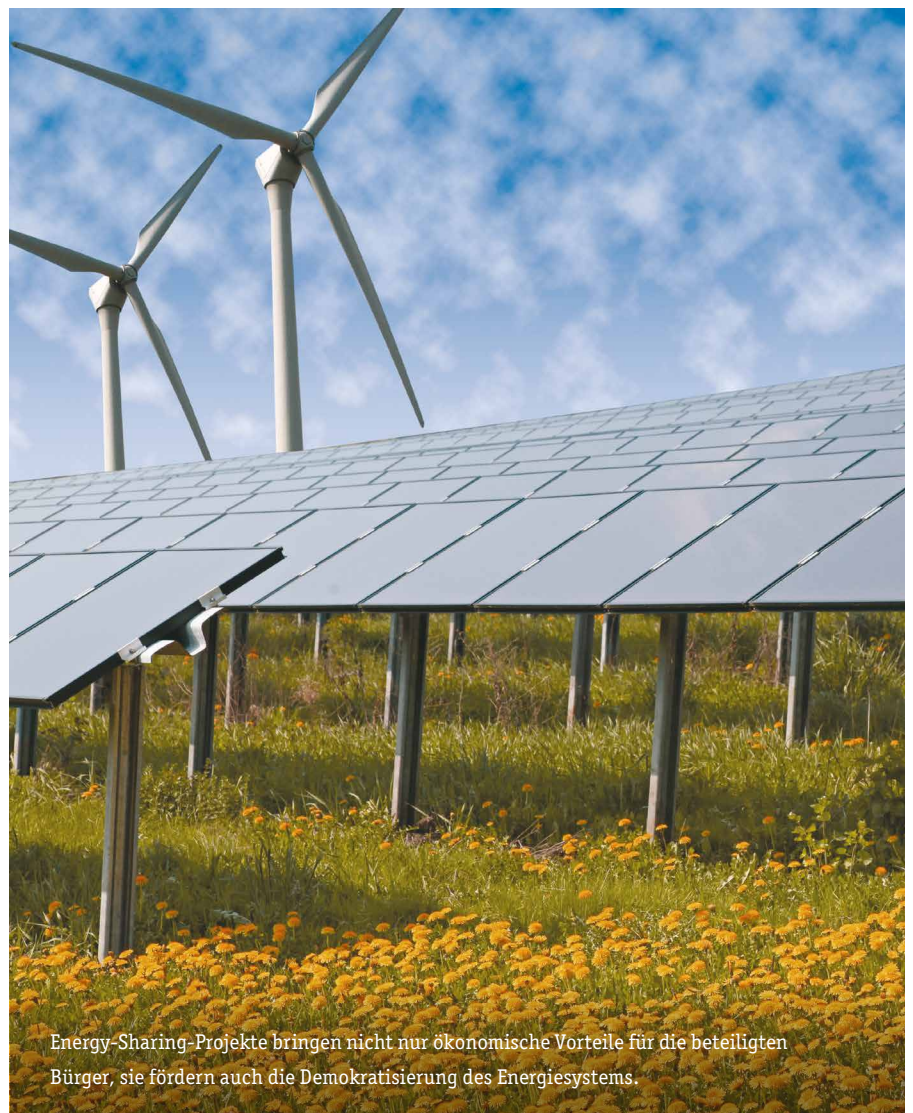
Bürgerenergiegenossenschaften und neue Vermarktungsmodelle im Energiesektor sind hier unverzichtbare Eckpfeiler. Insbesondere das von der EU angeregte und in unserer politischen Arbeit seit langem vehement geforderte Energy Sharing – das zeitgleiche Erzeugen, Verbrauchen und Teilen von Grünstrom aus lokalen, gemein-

schaftlich betriebenen Anlagen, birgt hohes Potenzial. Von Bürgerinnen und Bürgern initiierte Energiewende-Projekte – ob PV-Anlagen, Windparks oder Nahwärmenetze – bringen nicht nur ökonomische Vorteile für diese, sondern befördern die Demokratisierung des Energiesystems. Das eintretende Bewusstsein der Selbstwirksamkeit transformiert die Energiewende von einer gefühlt fremdbestimmten Maßnahme zu einem gemeinschaftlichen, gestaltbaren und demokratischen Projekt. Um dies sicherzustellen, setzen wir uns als DUH für die Etablierung politischer Rahmenbedingungen ein, die eine niedrigschwellige und wirtschaftlich rentable Teilnahme ermöglichen. Lässt man Menschen direkt am Erfolg der Energiewende teilhaben, wird diese zu einem demokratischen Projekt, das Gefühle der Ohnmacht und des Abgehängt-Werdens, die zum Erstarken rechter Kräfte führen, bekämpfen kann.

Die Klimabilanz ist ebenso verheerend. Neue US-Studien belegen, dass die besonders klimaschädlichen Methanemissionen beim Fracking tatsächlich etwa dreimal so hoch sind wie offiziell angegeben. Mitnichten handelt es sich bei LNG also um „sauberes“ Gas, das eine Brücke in die klimaneutrale Zukunft bauen kann.

Deutschland muss den Import von Fracking-Gas stoppen!

Wir brauchen ein Umdenken der Bundesregierung: Deutschland muss endlich Verantwortung für seine fossilen Lieferketten übernehmen und den Erdgasausstieg einleiten. In Deutschland ist Schiefergas-Fracking schon verboten – warum also feuern wir den Einsatz dieser schädlichen Technologie im Ausland an? Die DUH fordert, den Import von Fracking-LNG zu verbieten und hat dazu eine Petition gestartet.



Energy-Sharing-Projekte bringen nicht nur ökonomische Vorteile für die beteiligten Bürger, sie fördern auch die Demokratisierung des Energiesystems.



Kleine Fläche, große Wirkung: Mit einem Balkonkraftwerk ist es ganz einfach, selbst grüne Energie zu erzeugen. Die Deutsche Postcode Lotterie unterstützt unser Engagement für die „Energiewende von unten“.

Ressourcen doppelt schonen

Die Energiewende lebt aber nicht nur von großen Vorhaben, sondern auch von kleinen, dezentralen Ideen wie Balkonkraftwerken. Diese sind mehr als nur Stromerzeuger: Sie sensibilisieren für den eigenen Energieverbrauch und fördern langfristige Verhaltensänderungen. Besonders für Mietende bieten Balkonkraftwerke eine unkomplizierte Möglichkeit, sich an der Energiewende zu beteiligen. Daher setzen wir uns durch Verbraucherberatung, Betreuung von Musterklagen, Kooperationen in der Wohnungswirtschaft und politischer Arbeit für ihre Verbreitung ein. Wichtig dabei: Es müssen nicht immer neue Solarmodule sein. Viele Module, die in großen Anlagen ausgemustert werden, können noch jahrzehntelang grünen Strom erzeugen. Ein zweites Leben für die Module bedeutet eine längere Lebenszeit, Ressourcenschonung und weniger Elektroschrott – ein wichtiger Beitrag zur Kreislaufwirtschaft. Dafür setzen wir uns ein. Mit unserer Balkonkraftwerke-Kampagne tragen wir dazu bei, die Energiewende voranzutreiben und Menschen für nachhaltige Energie zu begeistern.

Die Energiewende besteht aus vielen kleinen und großen Puzzlestücken. Energy Sharing und Balkonkraftwerke sind zwei dieser wichtigen Puzzlestücke – praktisch, nachhaltig und für alle zugänglich.

Neue Heizungen braucht das Land

Auch bei der Energiewende im Wärmesektor kommen wir zu langsam voran. Zum Schutz des Klimas können wir nicht länger mit Gas und Öl heizen. Wenn eine Heizung ausgetauscht wird, gilt deshalb in wenigen Jahren die Pflicht, dass die neue Heizung mindestens 65 Prozent erneuerbare Energie nutzen muss. Gebäudeeigentümer können sich dafür auch an ein Nah- oder Fernwärmenetz anschließen lassen. Alle Wärmenetze sind verpflichtet, ihre Wärme schrittweise nur noch aus erneuerbaren Quellen oder unvermeidbarer Abwärme zu beziehen. Ein wahrer Kraftakt für die Versorger.

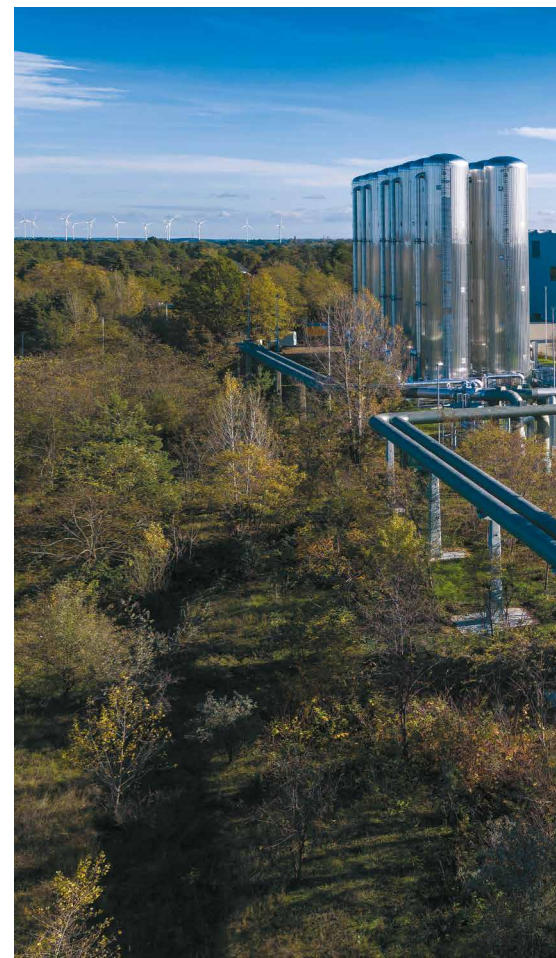
Viele politische Worte – wenige Taten

Die Bundesregierung vertraut darauf, dass diese Umstellung gelingt, unterstützt den Prozess jedoch nicht ausreichend. Für lange Zeit sind bei der Fernwärme noch hohe Anteile an fossilen Wärmequellen erlaubt, die komplette Umstellung bis 2045 ist damit gefährdet. Sollte ein Wärmenetzversorger die Umstellung nicht schaffen, gibt es für ihn keine Konsequenzen. Die Kundinnen und Kunden des Wärmenetzes müssen dann weiter fossile Wärme beziehen und haben nicht mal ein Sonderkündigungsrecht.

Die Bundesregierung vernachlässigt auch die Finanzierung. Neue Wärmequellen

oder gänzlich neue Netze haben einen sehr hohen Investitionsbedarf. Auch wenn es sich langfristig lohnt, muss zu Beginn viel Geld aufgebracht werden. Über die Kundenrechnung allein können diese Kosten nicht gestemmt werden. Wichtige Förderprogramme wie die Bundesförderung effiziente Wärmenetze sind nur auf wenige Jahre gesichert. Damit kann kein Unternehmen eine solch umfassende Transformation planen. Die DUH kritisiert zudem, dass nach wie vor fossile Wärme aus Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen gefördert wird. Wenn jetzt noch neue fossile Gaskraftwerke für die Wärmeversorgung gebaut werden, müssen diese bis 2045 ausgetauscht werden - mit den entsprechenden Kosten.

Durch die mangelnde politische Unterstützung der Wärmenetz-Transformation können Nutzer von Wärmenetzen in die Bredouille geraten und auf hohen Kosten und fossiler Wärme sitzenbleiben. Die Finanzierung und politische Flankierung müssen auf gänzlich neue Füße gestellt werden!



Licht in die Blackbox der Fernwärme bringen

Den Kunden von Wärmenetzen sind diese Probleme meist nicht bekannt. Die Angaben der Versorger lassen die Fernwärme häufig sehr klimafreundlich erscheinen und die Preisinformationen sind kaum durchschaubar. Immer noch wird den Kunden der sogenannte Primärenergiefaktor als Maß der Klimafreundlichkeit präsentiert. Diese Kennzahl geht auf Zeiten zurück, als nur verschiedene Brennstoffe verglichen werden mussten. Dass mit Erneuerbaren Wärmequellen nun besonders klimafreundliche Quellen ohne Brennstoffe zur Verfügung stehen, wird durch den Faktor nicht gut abgebildet. Wärmenetze, die viel fossiles Gas nutzen, wirken auf dem Papier klimafreundlicher als sie sind.

Die DUH setzt sich für bessere Informationen ein, damit Verbraucher genau wissen, worauf sie sich einlassen und fordert strengere Vorgaben in der Fernwärme-Verordnung: Auf der Website jedes Versorgers müs-

sen alle Informationen leicht zu finden sein, die für Verbraucher wichtig sind. Dies sind zum Beispiel Angaben, zu welchen Anteilen die Wärme in welchen Anlagen erzeugt wird, wie hoch die Wärmeverluste beim Transport sind und wie der Energieversorger die Transformation hin zu 100 Prozent Erneuerbarer Wärme plant. Auch die Preisgestaltung muss reformiert werden. In den vergangenen Monaten haben Berichte über teils vierstellige Nachzahlbeträge die Menschen aufgewühlt. Ob die Preise rechtmäßig sind, ist für den einzelnen Nutzer in der Regel nicht zu ermitteln. Der einzige Weg führt über ein aufwendiges zivilrechtliches Verfahren.

Die DUH fordert eine staatliche Preisaufsicht und verbindliche Vorgaben für die in Fernwärmeverträgen verwendete Preisgleitklausel. Schließlich handelt es sich bei Fernwärme um Monopole, so dass eine besondere Kontrolle gerechtfertigt ist. Bei sehr starken Preisanstiegen muss auch eine Kündigung möglich sein. Mit diesen Maßnahmen können Verbraucher Vertrauen in die Wärmenetze gewinnen und sich guten

Gewissens auf diese wichtige Technologie der Wärmewende einlassen.

Wie gute Wärmenetze gelingen

Gute Wärmenetze sind möglich und nötig! Doch dafür braucht es ein stärkeres politisches Einwirken. Parallel zu strengen Anforderungen an Effizienz, Erneuerbare Energien-Anteile, Transparenz und Preisgestaltung muss die langfristige Finanzierung sichergestellt werden. Auch die Ausweitung gemeinnütziger Betreibermodelle könnte ein Schlüssel sein, um Wärmekunden von dieser Technologie zu überzeugen. ■



Machen Sie mit

Der Import von Fracking-Gas über deutsche LNG-Terminals muss gestoppt werden!

Unterschreiben Sie unsere Petition:

www.l.duh.de/frackingstoppen



Die DUH-Balkkraftwerk-Kampagne wird gefördert durch:



Wärmenetze sollen das Heizen klimafreundlich machen, Versorger sind verpflichtet, ihre Wärme schrittweise aus erneuerbaren Quellen zu beziehen. Die Bundesregierung unterstützt diesen Prozess bisher nicht ausreichend.

Im Bild: Die Druckspeicheranlage für Fernwärme der Stadtwerke Cottbus.

Längst nicht grün: Strom und Wärme

Für die Energiewende braucht es politische Leitplanken, die sich am Klimaziel messen und dafür sorgen, dass Energie bezahlbar bleibt. Von Konzernen, die ihre Geschäfte mit fossilem Öl und Gas ausbauen wollen, darf sich die Politik dabei nicht lenken lassen. Fernwärme wird zukünftig eine größere Rolle spielen, Energy Sharing ist ein wichtiger Baustein für grünen Strom. Hingegen sind LNG-Projekte mit untragbaren Risiken verbunden; ihr Ausbau wäre auch energiewirtschaftlich unsinnig.

Stromerzeugung in Deutschland

Im Jahr 2023 stammten mit 272 Terrawattstunden rund **53 % des Bruttostroms aus Erneuerbaren Energien**.

Zurückgedrängt wurde in den vergangenen 20 Jahren vor allem der Anteil der Stromerzeugung aus Steinkohle und Kernenergie.



Quelle: AGEE-Stat 2024

Energy Sharing hat Potenzial

Beim Energy Sharing betreiben Bürger gemeinschaftlich eine **lokale PV- oder Windkraft-Anlage** und erzeugen Grünstrom, um ihn selbst zu verbrauchen.

90 % der Haushalte könnten mit **vergünstigtem Energy-Sharing-Strom** versorgt werden.



Quelle: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung 2022

Ressourcenschutz bei Photovoltaik mitdenken



...denn Deutschland muss die Anzahl der PV-Module bis 2030 gegenüber 2020 etwa **verdreifachen**, um die politische Zielmarke von 215 GW Leistung zu erreichen.

- Obwohl PV-Module **leicht eine Lebensdauer von mehr als 30 Jahren** erreichen, werden sie in Solarparks meist nach 8 bis 10 Jahren ausgetauscht.
- Von den 15.000 t ausgemusterten PV-Modulen wurden im Jahr 2022 nur **20 % ordnungsgemäß gesammelt**.

Quelle: DUH-Schätzung basierend auf Bundesnetzagentur und Fraunhofer IWKS 2023

Borkum – ein energiepolitischer Irrweg

23 Kilometer nordwestlich von Borkum liegen Gasfelder, die fossile Konzerne erschließen wollen. Die Folge:

Naturzerstörung und Klimaschäden.

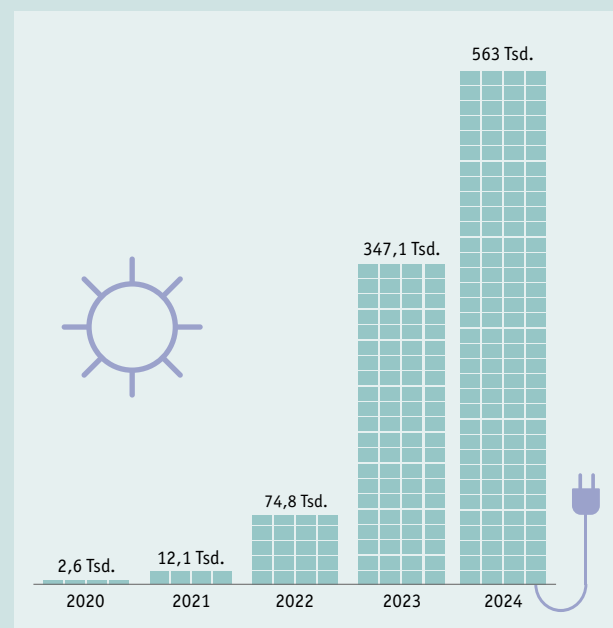


- Die geplante Fördermenge entspricht ca. **65 Millionen t CO₂-Emissionen**.*
- Das Projekt würde **weniger als 1 %** von Deutschlands Gasbedarf decken.*
- Die Wahrscheinlichkeit einer **Havarie der Bohrplattform** liegt bei **1:10**.**

Quelle: * DUH 2023; ** Maritime Research Institute Netherlands 2022

Boom bei Balkonkraftwerken

Die **Anzahl an angemeldeten Stecker-Solargeräten**, auch Balkonkraftwerke genannt, **steigt rasant**.



Quelle: Bundesnetzagentur 2024

Überflüssig: weitere LNG-Terminals

Energiewirtschaftlich besteht in Deutschland keine Not für den Bau weiterer Anlagen.



- Der Verbrauch sinkt: 2023 wurden im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2021 rund **17,5 % weniger Erdgas verbraucht**.*
- Eine aktuelle Studie inklusive der Langfristszenarien des Bundeswirtschaftsministeriums zeigt, dass der Erdgasverbrauch bis zum Jahr 2035 weiter sinken wird: um **28 bis 63 %**.**
- Die **Gasspeicher** sind seit Oktober 2022 **deutlich voller** als im Vergleich zu den Jahren 2018 bis 2021. Am 1. September 2024, noch vor Beginn der Heizsaison, waren sie bereits zu **95 %** gefüllt.*
- Würden alle 9 LNG-Projekte wie geplant umgesetzt, hätte Deutschland im Jahr 2030 eine **Erdgas-Überkapazität** von rund **53 Milliarden m³**.***
- Diese 9 Terminals würden mit **2,2 Gigatonnen CO₂** Gesamtemissionen bis zum Ende ihrer Laufzeit 2043 **75 %** des Restbudgets aufzehren, das Deutschland zur **Einhaltung** des Pariser Klimaziels bleibt.****

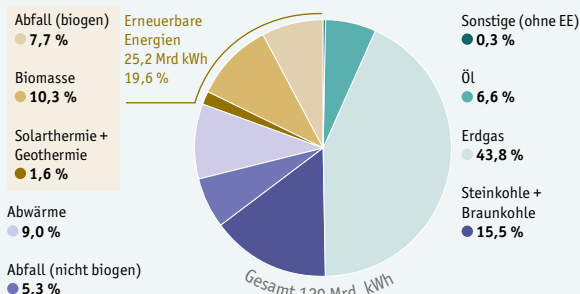
Quellen: * Bundesnetzagentur 2024; ** Öko-Institut 2024; *** Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2023; **** DUH

Fernwärme darf noch besser werden

Fernwärme kommt heute überwiegend aus fossilen Kraftwerken. Zukünftig müssen **Geothermie, Solarthermie und Großwärmepumpen** das Gros der Wärme liefern. Erst dann ist Fernwärme klimafreundlich.

Nah- und Fernwärme nach Energieträgern

Vorläufige Zahlen für Deutschland 2023



Eine Übersicht der Fernwärmerversorger zeigt, dass die **Fernwärme-Preise für ein Mehrfamilienhaus** zwischen 8,24 und 37,92 ct/kWh variieren. Eine staatliche Preisaufsicht könnte Verbrauchern helfen, die **Preise zu verifizieren**.

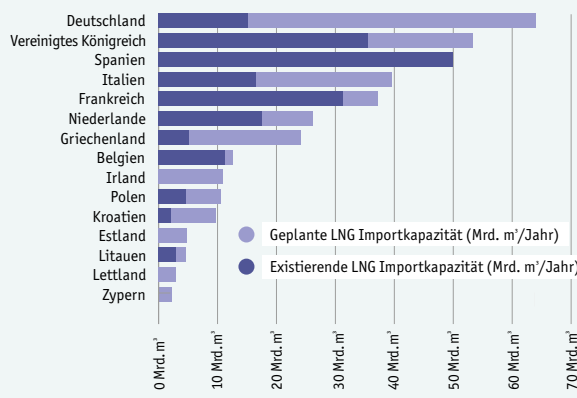
Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft 2023

Überkapazitäten in der EU

Derzeit sind in der EU neue **LNG-Terminals und Gaspipelines** im Wert von **84,1 Milliarden** Euro in Planung.

Neben Deutschland begründen Belgien, die Niederlande, Frankreich, Polen, die baltischen Staaten und andere ihren LNG-Ausbau mit der Gesamtversorgung von Europa. Die Folge: **massive Überkapazitäten und Fehlinvestitionen**.

Geplante und existierende Kapazitäten von LNG-Importterminals



Quelle: Global Energy Monitor 2024

Fracking verursacht massive Umweltschäden

Die **Klimabilanz von Fracking-Gas** ist oft schlechter als die von Kohle. Denn beim Fracken entweicht das **extrem klimaschädliche Treibhausgas Methan** direkt in die Atmosphäre.



- Pro Fracking-Bohrung werden durchschnittlich **10 bis 20 Millionen Liter Wasser**, mit Quarzsand und Chemikalien gemischt, benötigt.
- **157** von 240 untersuchten **Chemikalien** im Frack-Fluid gelten als **fortpflanzungsschädigend oder entwicklungshemmend**.

Quelle: DUH 2024

DUH fordert: Fracking-Gas Importverbot

Bei einem Importverbot in Deutschland würde sich die Inbetriebnahme weiterer LNG-Terminals schlicht nicht mehr rechnen. Eine **Versorgungslücke würde nicht entstehen**, sondern mehr Sicherheit für **klima- und umweltfreundliche Investitionen**.

Das über deutsche Terminals importierte LNG stammte 2023 zu **80 %** aus den USA, das ist fast vollständig **Fracking-Gas**.

Quelle: DUH 2024

Neues Klimaschutzgesetz: Verfassungsbeschwerde 2.0 mit jungen Menschen

Trotz des großen Widerstands aus der Zivilgesellschaft ist das entkernte Klimaschutzgesetz nach der Unterschrift von Bundespräsident Steinmeier am 17. Juli in Kraft getreten. Noch am selben Tag haben wir Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz erhoben.

Die Vorgeschichte: In seinem historischen Klimabeschluss aus dem Frühjahr 2021 erklärte das Bundesverfassungsgericht das damalige Klimaschutzgesetz für teilweise verfassungswidrig. Die Große Koalition passte es daraufhin eilig an. Weil der Ampelkoalition die klaren Zielvorgaben des Gesetzes allzu unbequem wurden, beschloss sie im April dieses Jahres im Bundestag eine Novelle, die das Gesetz an mehreren Stellen entscheidend schwächt.

Christoph Störmer, Referent für Klimaklagen bei der Deutschen Umwelthilfe, sprach mit Aurelia Stiegelmayr, einer unserer Beschwerdeführerinnen, und unserem Anwalt Remo Klinger. Im Interview erklären sie das Anliegen und juristische Details unserer Verfassungsbeschwerde.

Liebe Aurelia, du bist eine von elf Klägerinnen gegen das entkernte Klimaschutzgesetz. Was ist deine Motivation, mit uns gegen die Bundesregierung zu klagen?

Aurelia: Ich habe mich die letzten Jahre mehr und mehr klimaktivistisch engagiert und mich sehr oft gefragt, was man gerade mit Blick auf die unzureichenden Antworten der Politik auf die Klimakrise noch tun kann. Und so bin ich auf die DUH aufmerksam geworden. Inspiriert durch die Klimaklagen, habe ich vor einem Jahr angefangen, Jura zu studieren. Als ich dann mitbekommen habe, dass die Regierung plant, das Klimaschutzgesetz zu verändern, habe ich mir das näher angeschaut und gesehen, dass das Gesetz ja wirklich an den entscheidenden Stellen abgeschwächt wird. Das hat mich fassungslos gemacht. Ich bin davon überzeugt, dass das verfassungswidrig ist.

Remo: Das ist es in der Tat. Ich will mal ein Beispiel nennen: Das Bundesverfassungsgericht hat 2021 entschieden, dass es so etwas wie einen Emissionsminderungspfad im Gesetz geben muss. Das heißt, die Emissionen müssen grundsätzlich kontinuierlich sinken und die Menschen müssen sich darauf einstellen können, wann und in welchen Bereichen die Emissionen reduziert werden. Dieser

Emissionsminderungspfad wurde nun de facto abgeschafft. Es gibt jetzt nur noch zwei große Emissionstöpfe: Man schaut ausschließlich auf die prognostischen Gesamtemissionen der 2020er und der 2030er Jahre. Dadurch wird es für die Regierung gerade am Anfang beider Jahrzehnte leicht zu sagen: „Das muss in der nächsten Legislatur passieren, wir machen erstmal nichts.“ Und genau das widerspricht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und ist ein Grund, warum das neue Gesetz verfassungswidrig ist.

Im Mai hast du uns in einer Mail geschrieben, Aurelia, dass du gern bei einer Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz dabei wärst, falls wir eine planen. Zu dem Zeitpunkt lief die Arbeit daran schon auf Hochtouren, nicht wahr, Remo?

Remo: Das stimmt. Es schwirrten ja schon seit einiger Zeit Entwürfe herum, wie das Klimaschutzgesetz verändert werden soll. Als Mitte April, vor der Abstimmung im Bundestag, der finale Gesetzesentwurf bekannt wurde und wir schwarz auf weiß gesehen haben, wie wirkungslos das Gesetz werden sollte, war uns klar: Wenn das so kommt, werden wir Verfassungsbeschwerde einreichen.

Aurelia: Was ich natürlich noch nicht wusste, als ich meine Mail geschrieben habe. Aber ich habe schon vermutet, dass die DUH dagegenhält.

„Mir geht es bei der Verfassungsbeschwerde auch darum, der Politik zu zeigen, dass wir uns als junge Generation nicht alles gefallen lassen.“

Aurelia Stiegelmayr

„Uns war klar, dass wir schnellstmöglich reagieren müssen, falls das Gesetz in dieser abgeschwächten Form tatsächlich kommt. Deswegen haben wir schon früh damit begonnen, die rechtliche Begründung zu schreiben.“

Remo Klinger



Aurelia Stiegelmayr verfolgt die DUH-Klimaklagen schon seit Jahren. Sie engagiert sich als Klimaaktivistin und wirkt bei unserer Verfassungsbeschwerde mit.

Remo: Uns war klar, dass wir schnellstmöglich reagieren müssen, falls das Gesetz in dieser abgeschwächten Form tatsächlich kommt. Deswegen haben wir schon früh damit begonnen, die rechtliche Begründung zu schreiben. Am Ende dieses Prozesses haben wir auf 204 Seiten dargelegt, warum das neue Klimaschutzgesetz verfassungswidrig ist. Dabei mussten wir nicht von Null beginnen, sondern haben auf der Argumentation der Karlsruher Richter von 2021 und unserer bereits bestehenden Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzprogramm von 2023 aufgebaut. Dass solch eine umfangreiche Verfassungsbeschwerde herauskommt, ist nicht nur der juristischen Arbeit der Anwälte in meiner Kanzlei, sondern auch der wieder einmal hervorragenden Unterstützung durch die Fachabteilung der DUH zu verdanken. Wir sind da ein gut eingespieltes Team, in dem sich zur Not auch spät am Abend oder am Wochenende ausgetauscht wird.

Wie geht es nach dem Einreichen der Beschwerde jetzt weiter?

Remo: Jetzt liegt der Ball beim Bundesverfassungsgericht. Es wird sich intensiv mit den aufgeworfenen Fragen und dem neuen Klimaschutzgesetz auseinandersetzen. Wenn es am Ende unserer Rechtsauffassung folgt, wird das Gericht die Bundesregierung dazu verpflichten, das Gesetz zu verbessern – wie schon 2021.

Aurelia: Darauf setze ich auch. Außerdem geht es bei der Verfassungsbeschwerde auch darum, der Politik zu zeigen, dass wir uns als junge Generation nicht alles gefallen lassen. So gesehen bin ich auch stellvertretend für die vielen Tausend jungen Menschen, die seit Jahren für mehr Klimaschutz auf die Straße



Prof. Dr. Remo Klinger vertritt die DUH seit vielen Jahren als Anwalt. Sein Team und die DUH-Klimaschutzfachleute arbeiten eng zusammen.

gehen, als Beschwerdeführerin dabei. Und ich freue mich, dass sich immer mehr Menschen mit ihrer Unterschrift hinter unsere Klage stellen. Wir müssen jetzt aktiv werden, um die Klimakrise zu bremsen, und Klimaklagen sind ein wichtiges Instrument, um dafür etwas zu tun. ■



Die Fragen stellte Christoph Störmer,
Referent für Klimaschutz im Verkehr & Klimaklagen



Schließen Sie sich an!

Mit unserer neuen Verfassungsbeschwerde wollen wir die Bundesregierung zu konsequentem Klimaschutz verpflichten. Dabei können Sie uns mit Ihrer Stimme unterstützen!

Dieser Schritt kostet nichts, Sie tragen kein rechtliches Risiko, aber wir nehmen Ihr Votum mit vor Gericht.

www.l.duh.de/klimaklagenvotum





Zukunft bewahren für den Jaguar

Der Jaguar kämpft um sein Überleben: Wo Natur für billige Soja-Anbauflächen zerstört wird, gehen seine Lebensräume unwiederbringlich verloren. Mit Ihrer Hilfe setzen wir uns für die faszinierenden Raubkatzen ein und kämpfen mit aller Kraft gegen die Abholzung wertvoller tropischer Wälder und Savannen Südamerikas. Damit der Jaguar auch in Zukunft noch seine Spuren hinterlässt.



Für die EU-Verordnung gegen Entwaldung haben wir lange gekämpft – ein Meilenstein für Nachhaltigkeit in Lieferketten, auch wenn nicht alle unsere Forderungen umgesetzt wurden. Aber derzeit erfährt das Instrument starken Gegenwind, denn verschiedene Wirtschaftslobbys sehen ihre Profite gefährdet. Manche EU-Abgeordnete rudern nun zurück. Sie wollen das Regelwerk umfangreich schwächen. Die dramatische Umweltzerstörung würde fortschreiten: weitere Entwaldung und Umwandlung stark gefährdeter Ökosysteme in Agrarflächen. Wir setzen alles daran, diese Rückwärtswende zu verhindern.

Dass Importe nicht mit Umweltschäden in den fernen Herkunftsländern einhergehen, ist unser Ziel. Dank der Unterstützung unserer Jaguar-Patinnen und -Paten und gegen Widerstände, vor allem von der FDP, konnten wir erreichen, dass die EU das Lieferkettengesetz im Sommer 2024 verabschiedete und den Schutz der Biodiversität darin verankerte. Unternehmen können so für Menschenrechtsverletzungen und Naturzerstörung in ihren Lieferketten verantwortlich gemacht werden.

Risiken aufdecken

Unsere Marktanalysen decken Umwelt- und Menschenrechtsrisiken durch Sojafuttermittel in den Lieferketten großer Unternehmen auf. Wir suchen nach wahrscheinlichen Verbindungen, beispielsweise zwischen neuen Sojaanbaugebieten und der Vertreibung indigener Gemeinschaften, und melden sie den Kontrollbehörden. So haben wir erreicht, dass einige Unternehmen in der Lebensmittelbranche auf nachhaltige heimische Futtermittel umsteigen.

Wir scheuen uns nicht, einflussreiche Finanzinstitute unter die Lupe zu nehmen! So haben wir aufgedeckt, dass unter anderem die Deutsche Bank und die Commerzbank in großem Umfang Unternehmen unterstützen, die für Waldzerstörung verantwortlich sind. Seit 2016 wurden in Deutschland insgesamt 45 Milliarden US-Dollar für umweltschädliche Branchen gewährt. Unsere Recherchen haben dazu beigetragen, dass die Institute nun zumindest über die möglichen Umweltrisiken ihrer Finanzprodukte berichten müssen. Unser Ziel ist es natürlich, dass sie künftig schädliche Folgen verbindlich abstellen müssen.

Ein großer Dank gilt all unseren Jaguar-Patinnen und -Paten, die diese Erfolge erst möglich machen und uns weiterhin den Rücken stärken, damit der Schutz von Jaguar und Co. nicht unter den Tisch fällt. Gemeinsam machen wir weiter Druck! (nj) ■



»Der Jaguar steht für die Naturschönheiten Südamerikas. Ich wünsche mir, dass wir Menschen den Lebensraum dieses majestätischen und schnellen Tieres bewahren.

Davon profitieren wir am Ende alle. ◀

Tina Lutz

Senior Expert Naturschutz und Biologische Vielfalt
(jaguar@duh.de)



Auf einen Spaziergang mit der DUH

Wer sind eigentlich die Menschen hinter unseren Spenden? Was bewegt Sie dazu, uns zu unterstützen? Und: Wie können wir noch besser werden? Das möchten wir gerne wissen und laden deshalb unsere Fördermitglieder, Patinnen und Paten sowie Spenderinnen und Spender aus dem Umkreis regelmäßig zu Exkursionen in die heimische Natur und Tierwelt ein.



Ein Mittwochmorgen, kurz nach sechs Uhr: Einige noch etwas schläfrige Gesichter blinzeln in den Sonnenaufgang; manche sind schon im Morgengrauen aufgebrochen, um sich bei einer Vogelstimmenwanderung einmal selbst ein Bild von „ihrer“ Deutschen Umwelthilfe zu machen – und von den Gleichgesinnten, die sie ebenfalls unterstützen. Jürgen Resch verteilt Ferngläser und macht die Gruppe gleich auf den Pirol aufmerksam, der aus seinem Versteck in einer hohen Baumkrone ruft.

**„Danke, dass es euch gibt
und danke, dass ihr den
Gegenwind aushaltet!“**

*Spenderin bei einer Waldexkursion
in Düsseldorf*

Schon bei der kurzen Vorstellungsrunde wird klar: So unterschiedlich die Lebensläufe und Hintergründe, so ähnlich die Motivation. „Eure Klagen sind super! Anders geht es ja leider nicht“, sind sich jahrzehntelange Naturschutz-Aktive und Neueinsteiger weitge-

hend einig. Umso größer daher bei manchen das Erstaunen darüber, dass hinter dem energischen Kampf für den Klima- und Umweltschutz Menschen stehen, die zwischen politischem und juristischem Klein-Klein noch immer begeistert die heimische Vogelwelt erkunden und im Wald neue Kraft tanken.

Und genau das tun wir jetzt auch: Unter orts- und fachkundiger Anleitung begeben wir uns mit Jürgen Resch auf die Suche nach Zilp-Zalp und Mönchsgrasmücke, erforschen mit Sascha Müller-Kraenner den Lebensraum des Fischotters oder mit Barbara Metz ein geschichtsträchtiges Naturschutzgebiet, in dem sich nach jahrhundertelanger Ausbeutung endlich wieder ein Wald ausbreiten darf. Als Tochter eines Försters hat sie ihre Kindheit in den Wäldern Frankens verbracht und fühlt sich zwischen Bäumen auch heute noch zu Hause. So geht es dann auch mal etwas abseits der ausgetretenen Pfade durch mittelalterliche Steinbrüche und Festungsanlagen, längst von der Natur zurückerobert.

Und zwischen angeregten Diskussionen über invasive Tier- und Pflanzenarten oder die Auswirkungen des Klimawandels wird uns wieder bewusst: Wir brauchen die Natur – sie kommt auch gut ohne uns zurecht.

Ihr Feedback ist wertvoll

Nie kommt dabei das persönliche Gespräch zu kurz: Zwischen den anschaulichen Vorträgen unserer Expertinnen und Experten möchten wir erfahren, womit wir Sie von unserer Arbeit überzeugen konnten und für welche Themen Sie ganz persönlich brennen! Für uns ist Ihr Feedback ein wichtiger Gradmesser dafür, wie gut es uns gelingt, unsere Anliegen zu erklären – und was wir vielleicht noch etwas besser machen können. So endet ein Ausflug, der mit einem freundlich-neugierigen Kennenlernen begann, regelmäßig in einem herzlichen Abschied. Denn uns allen tut der Austausch mit anderen Engagierten einfach gut – und wir freuen uns immer ganz besonders, wenn wir mit unseren Unterstützerinnen und Unterstützern ein Gesicht und eine kleine persönliche Anekdote verbinden können. (ph) ■

**„Für mich war es der
perfekte Tag und sehr
motivierend.“**

*Fischotter-Pate nach einer Tour
an der Müggelspre*



Frauenpower für die Westghats: Waldschutz in Indien

Die Westghats sind ein bewaldetes Gebirge in Indien. Dank seiner außerordentlichen Artenvielfalt wird es als globaler Hotspot der Biodiversität eingestuft und ist als UNESCO-Welterbestätte anerkannt. Um dieses wichtige Ökosystem zu erhalten, ist Wiederaufforstung gefragt – und jede Menge Frauenpower.



**Global
Nature
Fund**

Der Wald der Westghats besitzt einen unschätzbaren Wert als Wasserspeicher. Er reguliert das großräumige Klima und stellt eine Vielzahl von Ökosystemleistungen zur Verfügung, auf denen der Lebensunterhalt der lokalen Bewohnerinnen und Bewohner gründet. Durch das schnelle Wachstum der Bevölkerung und Änderungen in der Landnutzung mit Viehzucht und Ackerbau ist das Waldökosystem jedoch in den letzten Jahrzehnten stark unter Druck geraten.

Die indigenen Bevölkerungsgruppen sind von der Nutzung der Waldressourcen abhängig und dadurch besonders vulnerabel. Der globale Klimawandel verschärft die Situation. Darüber hinaus hat die Rodung der Wälder auch negative Folgen für die Wasserversorgung der Millionenstädte Mumbai und Pune: Der bereits existierende Wassermangel dürfte sich zukünftig noch dramatisch zuspitzen.

Aufforstung und Schutz der Flächen

Der Global Nature Fund arbeitet in den Westghats gemeinsam mit seinen regionalen

Partnern Shashwat Trust und TERRE Policy Centre daran, das Leben der Menschen zu verbessern und zugleich die Umwelt zu schützen. Es geht darum, die artenreichen Wälder der nördlichen Westghats als Kohlenstoffsenke, Wasserspeicher und Quelle der biologischen Vielfalt sowie als Lebensgrundlage zu erhalten und wiederherzustellen. Wir arbeiten ausschließlich mit stark benachteiligten, traditionellen Stammesgemeinschaften und fördern insbesondere die Frauengruppen.

Als starkes Zeichen gegen den Trend wollen wir 55.000 neue Bäume pflanzen. Sie können helfen, das regionale Mikroklima abzukühlen, Wasser im Wald zu binden und die Speicher so wieder zu füllen. Doch das geht nicht ohne nachhaltige Landwirtschaft: Deshalb entwickeln wir zusammen mit den Menschen vor Ort Strategien für eine Kultivierung der Waldflächen, die der Bevölkerung einen gesicherten Lebensunterhalt ohne das Abholzen ihrer kostbaren Umwelt ermöglicht.

Frauen für den Waldschutz

Eine besondere Rolle spielen dabei die Frauen der Westghats. In vier Baumschulen, die

der GNF mit seinen Partnern errichtet hat, lernen sie, wie sie Setzlinge aus Mangos oder Jackfrüchten züchten und diese gewinnbringend vermarkten oder selbst neu anpflanzen können. Sie werden geschult, die Früchte des Hirda-Baums zu einem ayurvedischen Pulver zu verarbeiten und auf regionalen Märkten zu verkaufen. Das bietet den Frauen eine eigene Einnahmequelle und damit neue Perspektiven jenseits der traditionellen Arbeit in Haushalt und Kindererziehung.

Lata und Tara betreiben eine eigene Baumschule in den Westghats. „Wir bauen Produkte für das tägliche Überleben unserer Familien an, aber bislang blieb fast nichts für den Verkauf übrig – so hatten wir keine Chance auf ein höheres Einkommen. Im Projekt des Global Nature Fund lernen wir nachhaltige landwirtschaftliche Techniken: Haben wir Mango- oder Jackfruchtsamen früher einfach in den Wald geworfen, so wissen wir und andere Frauen jetzt, wie wir sie sammeln und in unserer Baumschule Setzlinge daraus ziehen können. Wir verkaufen die Pflanzen und können mit den Einnahmen unsere Familien ernähren – ein großer Fortschritt für uns und unsere Natur“, so Lata.

Perspektiven für Mensch und Umwelt

Bisher konnte der GNF gemeinsam mit den Partnern schon 44.750 Bäume auf 70 Hektar Land aufforsten. Dadurch hat sich auch die Biodiversität verbessert: Im Jahr 2023 wurden auf den Anpflanzungsflächen insgesamt rund 130 Pflanzen- und 80 Tierarten erfasst, darunter 24 endemische Arten, die ausschließlich in den Westghats vorkommen. Zusätzlich zu den Aufforstungen und der Verarbeitung der Früchte wurden zwei Ökotourismus-Campingplätze angelegt. Anfang August wurde ein Stammeszentrum als Versamlungs- und Schulungsort fertiggestellt. Dort werden bereits die traditionelle Ressourcennutzung sowie die ökologische Bedeutung des Waldes vermittelt. (kg) ■

Weitere Informationen:

www.globalnature.org/westghats

gefördert von:

wilo
foundation

Stiftung Ursula Merz



Die Früchte des Hirda-Baums liefern einen wirtschaftlich bedeutenden Medizinalrohstoff.



Lata und Tara, die eine eigene Baumschule betreiben, zeigen stolz ihre Setzlinge.



An die Projektteilnehmenden in Jhambali wurden Mango-, Kokosnuss- und Teakbäume ausgeliefert.

Anzeige

NEU!

Sie suchen nach Perspektiven für eine lebenswerte Welt?

Die **Dossiers der Nachhaltigkeit** bieten das Beste aus den elf oekom-Zeitschriften zu jeweils einem aktuellen Thema der Nachhaltigkeit – gebündelt als digitale Ausgabe.



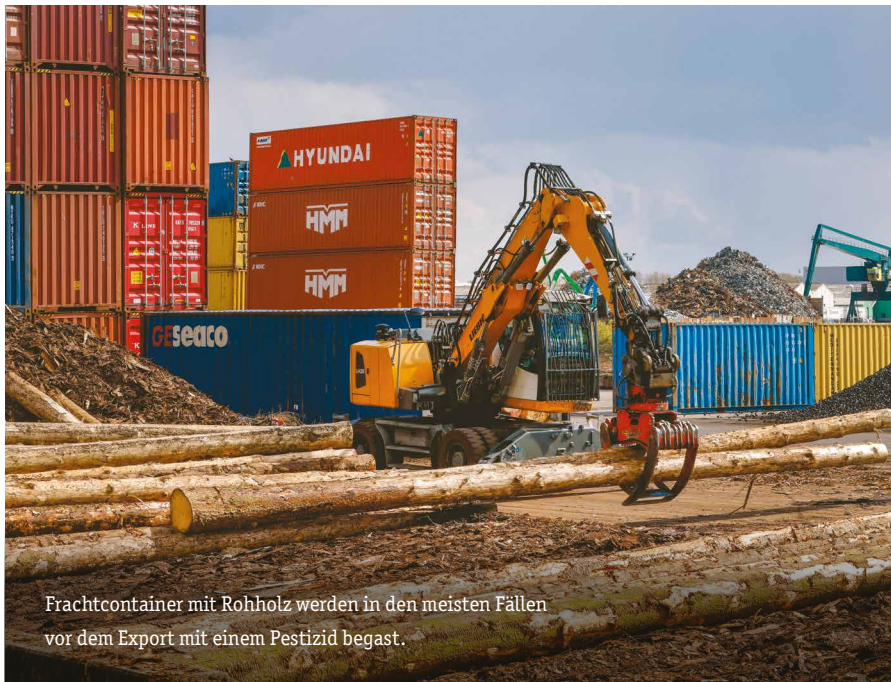
Neugierig? Jetzt kennenlernen!



Dossiers
www.dossiers-der-nachhaltigkeit.de

Mit Klimakiller-Pestizid auf dem Holzweg

Deutschland zählt zu den wichtigen Handelspartnern auf dem globalen Holzmarkt, vor allem als Exporteur. Vor dem Verschiffen von Holz in die USA, nach China oder andere ferne Länder wird es mit einem Schädlingsbekämpfungsmittel behandelt. Wir machen uns für dessen Verbot stark.



Frachtcontainer mit Rohholz werden in den meisten Fällen vor dem Export mit einem Pestizid begast.

Ganze Stämme oder Holzprodukte wie Balken und Bretter schipern in Übersee-Containern um die Welt. Mit ihnen reisen Holzschädlinge wie auch anderes Getier. Vor jeglichen fremden Insekten wollen die Einfuhrländer ihre heimischen Ökosysteme schützen und verlangen daher meist eine Holzbehandlung mit Pestiziden im Ausfuhrhafen. Ihre Sorge ist berechtigt: Viele Fälle sind bekannt, bei denen eingeschleppte Insektenarten der Tier- und Pflanzenwelt ganz massiv schaden.

In Europa verwendet man ein toxisches Gas zur Schädlingsbekämpfung von Exportholz: Sulfurylfluorid, farb- und geruchlos, nicht brennbar, ein fluoriertes Treibhausgas, auf einen Zeitraum von 20 Jahren gerechnet mehr als 7.500-mal klimaschädlicher als CO₂! In Deutschland ist dieses Klimakiller-Gas jedoch das einzige

zugelassene chemische Mittel für die Anwendung in Holzcontainern.

Erst begasen, dann lüften

In den deutschen Ausfuhrhäfen, zum Beispiel Hamburg, werden Holz-Transportcontainer begast und danach zur Belüftung geöffnet. Dabei gelangt das klimaschädliche Giftgas direkt in die Atmosphäre. Diese Praxis ist jedoch grundsätzlich verboten. Laut EU-Verordnung dürfte das Gas nur verwendet werden, wenn dies technisch notwendig ist und eine Abscheidung aus der Abluft gewährleistet ist. Doch solche Techniken werden gerade erst entwickelt und sind noch lange nicht marktreif. Dass in der Praxis aktuell keine Abluftreinigung möglich ist, weiß natürlich auch die nationale Zulassungsbehörde, das Bundesamt

für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Aber sie beruft sich stets auf die Genehmigung des Wirkstoffs auf EU-Ebene und verlängerte die Zulassung des Mittels Pro Fume in Deutschland nun erneut ohne Risikoprüfung.

Nicht zuletzt sind auch die Menschen, die das toxische Gas anwenden, seinen Folgen ausgesetzt. Gesundheitliche Probleme wie Übelkeit, Erbrechen, Juckreiz, Schmerzen, Herz-Kreislauf-Störungen und neurotoxische Wirkungen sind laut Institut für Arbeitsschutz der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung nicht auszuschließen.

Alarmierende Zahlen

Allein am Hamburger Hafen entweicht jedes Jahr eine Menge an Sulfurylfluorid, die einer Million Tonnen CO₂ entspricht. Die Verkaufsmengen des Pestizids steigen rapide an: Allein in Deutschland ist der Absatz von 2015 bis 2020 von 50 Tonnen auf 200 Tonnen pro Jahr gestiegen. In ganz Europa nehmen die Emissionen dramatisch zu: Im Zeitraum 2005 bis 2020 hat sich die Luftkonzentration von Sulfurylfluorid in der untersten Schicht der Atmosphäre verdoppelt.

Bei der EU-Kommission haben wir im November 2023 einen Antrag auf Aufhebung der Wirkstoff-Genehmigung gestellt, der jedoch abgewiesen wurde. Gemeinsam mit dem Umweltinstitut München haben wir die EU-Gesundheitskommissarin am 10. Juli 2024 aufgefordert, die Anwendung des Pestizids sofort zu verbieten. Nachdem auch dies abgelehnt wurde, haben wir nun Klage gegen die EU-Kommission beim Europäischen Gericht eingereicht. (kd, jk) ■

CCS – Klimapolitische Sackgasse und Gefahr für unsere Meere

Die Debatte um die CCS-Technologie tobt, getrieben von der Suche nach einer Lösung für die bisherigen klimapolitischen Versäumnisse. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich CCS allerdings als Scheinlösung: weitgehend unerprobt, teuer, kein wirksamer Klimaschutz und eine Gefahr für unsere Nordsee.

Carbon Capture and Storage, kurz CCS, bezeichnet das Abfangen und die Verpressung von CO₂-Emissionen. Noch ist das in Deutschland verboten – allerdings arbeitet die Regierung mit Hochdruck daran, CCS in der Nordsee zu erlauben. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, hegt große Hoffnungen für die Technologie.

Dabei wird geflissentlich übersehen, dass CCS in großem Maßstab und längerem Zeitrahmen unerprobt ist. Bisher gibt es weltweit erst drei Offshore-CCS-Projekte: Equinors Sleipner und Snøhvit in Norwegen sowie die Chevrongs Gorgon-Anlage in Australien. Kein Projekt hat so viele Emissionen verpresst, wie ursprünglich vorgesehen und überall gab es unvorhergesehene Schwierigkeiten – trotz umfassender geologischer Vorstudien.

Kein ‚Weiter so‘ für fossile Industrien

Ein Blick auf die geplanten Anwendungsbereiche zeigt, dass CCS kein Klimaschutz, sondern vor allem Rettungsanker für fossile Geschäftsmodelle ist. Es wird oft argumentiert, dass CCS notwendig sei, um die „unvermeidbaren Restemissionen“ aus der Zement- und Kalkindustrie oder Grundstoffchemie zu verpressen. Ein Teil dieser Emissionen ließe sich allerdings vermeiden und für den verbleibenden Bruchteil würde sich der Aufbau teurer CCS-Infrastruktur nicht lohnen.

Dies ist wohl einer der Gründe, warum die Bundesregierung den Einsatz von CCS an Gaskraftwerken ermöglichen will. Damit verbunden ist die Hoffnung auf die Produktion von sogenanntem „blauen“ Wasserstoff aus der Kombination von fossilem Gas und

CCS sowie die langfristige Nachfrage nach Gas, welches über die gerade gebauten LNG-Terminals importiert werden kann. Die CCS-Technologie hält nicht, was sie verspricht und verzögert noch dazu den dringend nötigen Gasausstieg. Das erklärt den Enthusiasmus, mit dem sich fossile Unternehmen weltweit auf CCS stürzen.

Unkalkulierbare Risiken

CCS hat einen enormen Infrastrukturbedarf: Um das Gas zu seinem Endlager zu transportieren, benötigt es tausende Kilometer Pipelines an Land und im Meer, außerdem Plattformen für die Verpressung. Deren Bau und Betrieb wären neben hohen Kosten mit massiven Risiken für Klima und Umwelt verbunden.

Die Machbarkeitsnachweise für die Pläne der Bundesregierung sind nicht ausgereift, vielmehr gibt es viele Fragen: Wie viel CO₂ geht bei Abscheidung, Transport

und Speicherung verloren? Wie sollen Leckagen verhindert werden, die schon an der existierenden Erdgas-Infrastruktur ein Problem sind? Und wie steht es um Leckagen bei der Speicherung, undichte Bohrlöcher, Austritt von Schadstoffen, Verschmutzung von Trinkwasser und Versauerung von Meereswasser – allesamt mögliche Risiken für Mensch und Meere laut Berichten der Regierung und des Umweltbundesamts?

Klimaschutz statt Ewigkeitslast

CCS-Infrastruktur ist sehr teuer und nur durch hohe staatliche Finanzierungshilfen möglich. Dazu kommen langfristige Kosten für Nachsorge und Monitoring der Ewigkeitslast, die auf den Staat übergehen würden – genau wie beim Atommüll. Die DUH fordert stattdessen: Investitionen in Energiewende, Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft, von denen wir wissen, dass sie uns einen Weg aus der Klimakrise bieten. (is) ■



Der norwegische Erdöl- und Erdgaskonzern Equinor betreibt das weltweit erste kommerzielle Offshore-CCS-Projekt „Sleipner“ in der Nordsee.



Bayern nimmt Fischotter erneut ins Visier

Streng geschützt – dieser Status nützt dem Fischotter nichts, wenn die bayerische Staatsregierung den Abschuss erlaubt. Die Interessen der Teichwirtschaft scheinen über dem Artenschutz zu stehen. Wir fragen nach der Datenlage und schlagen alternative Konzepte vor.

Bislang lehnt die Landesregierung Gespräche mit uns und anderen Naturschutzverbänden ab, offenbar will sie schießen statt schützen. So trat in Bayern trotz Protesten und juristischer Vorgeschichte Mitte August eine neue Otter-Abschuss-Verordnung in Kraft.

Inhaltlich hat sich gegenüber April 2023 wenig geändert – damals hatte Ministerpräsident Söder eine ganz ähnliche Verordnung erlassen, wir haben dagegen geklagt und vor dem Verwaltungsgerichtshof in München gewonnen. Neu ist nun der Geltungsbereich der Verordnung: Er umfasst den ganzen Freistaat, nicht mehr nur die Zentren der Teichwirtschaft. Selbst Schutzgebiete und Fließgewässer sind nicht generell ausgeschlossen.

Es wirkt paradox: Die höheren Naturschutzbehörden sollen nun Gebiete ausweisen, in denen geschossen werden darf. Im Anschluss werden die unteren Naturschutzbehörden prüfen, ob alle Voraussetzungen erfüllt sind, um Tötungen zu genehmigen. Sie müssen auch entscheiden, wie viele Individuen geschossen werden dürfen und in welchem Zeitraum.

Schlechte Datengrundlagen

Allein der Fischotter wird für „Schäden“ in den Teichen verantwortlich gemacht, ohne andere fischfressende Tierarten, Extremwetterereignisse und klimatische Veränderung zu betrachten. Und noch immer liegt keine vollständige und belastbare Erfassung der Fischotterpopulationen Bayerns vor. Die Entnahme von Fischottern müsste wissenschaftlich begleitet werden, um festzustellen, inwieweit sie die Fischeinbußen überhaupt verringern. Zudem müssten die unteren Naturschutzbehörden nachweisen, dass der Erhaltungszustand der Otterpopulationen unbeeinträchtigt bleibt. Unseres Wissens ist nicht geplant, diese Fragen zu klären.

Dialog, Kompensation und Best Practice-Beispiele

Wir sind uns sicher, dass der Abschuss von Fischottern der Teichwirtschaft nicht hilft. Nach jedem Abschuss wird schnell ein anderes Individuum in das freigewordene Revier nachfolgen, so lange bis die Population im Umkreis ausgelöscht ist.

Für die Koexistenz einer gesunden Fischotterpopulation und der erhaltenswerten traditionellen Teichwirtschaft sind Dialog, Beratung und die Vermittlung von Best Practice-Beispielen sowie Kompensationszahlungen von Ertragseinbußen notwendig. Hierfür haben wir einen umfassenden Leitfaden vorgelegt und schlagen der Teichwirtschaft vor, mit regionalen Naturschutzakteuren Forschungs- und Modellvorhaben zu entwickeln.

Ob die neue Abschuss-Verordnung rechtskonform ist, wird sich erst im Verlauf der Umsetzung herausstellen. Gemeinsam mit dem BUND Naturschutz Bayern werden wir beobachten, ob alternative Konzepte ausgeschöpft sind, bevor Abschüsse genehmigt werden. Auch die Abschusskontingente wollen wir betrachten.

Naturnahe Landschaften sind unverzichtbar

Intakte Lebensräume an Flüssen, die dem Otter mit ihrer ursprünglichen Fischfauna eine stabile Nahrungsgrundlage bieten, können einen großen Beitrag zur Entlas-



Der Otter braucht naturnahe Flüsse. Findet er dort ein stabiles Nahrungsangebot, weicht er seltener auf bewirtschaftete Fischteiche aus.

Foto: Nasareq/stock.adobe.com

Der Teichwirtschaften leisten. Deshalb müssen Renaturierungen vorangetrieben werden.

Zudem plädieren wir für eine gezielte Förderung nachhaltiger Teichwirtschaft, wie sie in Sachsen bereits erfolgreich läuft und in Schleswig-Holstein derzeit etabliert wird. Bei extensiven Teichen stellt man auf eine naturnahe Fisch-Besatzdichte um, womit Schäden durch fischfressende Wildtierarten geringer ausfallen; zusätzlich werden

die Teichwirte aber finanziell entschädigt. An intensiv genutzten, strukturarmen Teichen, die wie Badewannen in der Landschaft liegen, eignen sich Elektrozaune, um den Fischotter abzuhalten.

Fakt ist: Der Fischotter steht unter dem Schutz des Bundesnaturschutzgesetzes und zählt hierzulande zu den Rote Liste-Arten. Gerne bringen wir unsere Erfahrungen und unser deutschlandweites Netzwerk ein, um Otter-Konflikte zu lösen. (ch, jk)



Unterstützen Sie den Fischotter!

Als Fischotter-Patin oder -Pate stärken Sie unseren Einsatz für lebendige Flüsse und den Otter.



www.l.duh.de/fotter

Anzeige

WARUM IST DIE AFD SO POPULÄR?

Der Rechtspopulismus wird global und in Ostdeutschland immer stärker. Um dagegen anzukommen, muss man die Gründe, die Strategien und die Treiber der Entwicklung verstehen.

Mit: Maja Göpel, Jagoda Marinic, Ines Geipel, Mariam Lau, Danyal Bayaz, Markus Beckedahl, Yevgenia Belorusets, Aladin El-Mafaalani, Thomas Krüger, Carla Reemtsma und Harald Welzer.

taz FUTURZWEI

Magazin für **Zukunft und Politik**

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



Die neue taz FUTURZWEI

» taz FUTURZWEI-Abo-Prämie

Gutschein über 10 Euro für Einkäufe im taz Shop



Hey Bundesliga, mach dich endlich fit fürs Klima!

Fußball ist der populärste Sport in Deutschland und seine Mannschaften sind Vorbild für Millionen von Fans. Doch bei so wichtigen Themen wie Umwelt- und Klimaschutz tun viele Vereine nicht mal die einfachsten und notwendigsten Schritte. Das hat unser aktueller Bundesliga-Check rund um Mobilität, Energie und Konsum offengelegt. Alle Ergebnisse finden Sie auf unserer Webseite (Link: siehe unten im Kasten).

Gemeinsam mit Fans und Sportbegeisterten fordern wir mit einer Petition den Anstoß fürs Klima von allen 18 Bundesligisten: keine Inlandsflüge zu Auswärtsspielen der Mannschaften, vergünstigte deutschlandweite Zugfahrten auch in ICEs für auswärtsreisende Fans, die konsequente Nutzung von Mehrweg für Speisen und Getränke, faire und nachweislich umweltfreundlich hergestellte Merchandise-Produkte sowie eine Eigenstromproduktion von mindestens 20 Prozent aus erneuerbaren Energien.

Wir finden, die Bundesligisten müssen ihrer Verantwortung für mehr Umwelt- und Klimaschutz endlich gerecht werden. Mit unserer Petition „Grüne Bundesliga: Anstoß fürs Klima“ rufen wir alle Fans auf, die Vereine zu mehr Nachhaltigkeit zu bewegen und so den Umweltschutz im Fußball voranzutreiben. (mm)



**Unterschreiben auch
Sie für eine grüne
Bundesliga!**

Hier geht es zum
Bundesliga-Check und
zur Petition:



www.l.duh.de/bundesliga

Der Weg nach besser geht anders

Erneut zeichnen wir Nestlé für die dreisteste Umweltlüge des Jahres aus. Über 20.000 Menschen haben zuvor abgestimmt – die Mehrheit hat entschieden, dass der Verpackungsmüllsünder den Goldenen Geier verdient.



Den Goldenen Geier hatten Barbara Metz und Matthias Walter von der DUH-Geschäftsführung im Gepäck. Gemeinsam mit dem Team haben sie ihn in Frankfurt am Main an Nestlé übergeben.

Der Lebensmittelriese Nestlé setzte 2023 in Deutschland 129.000 Tonnen Verpackungsmaterial ein und belegte damit weltweit Platz zwei des am meisten in der Umwelt gefundenen Plastikmülls. Mit der Kampagne „unterwegs nach besser“ gaukelt der Konzern einen unermüdlichen Einsatz für nachhaltigere Verpackungen vor.

„Plastikverschmutzung ist eines der größten Probleme unserer Zeit. Und wir sind Teil davon. Deshalb packen wir's an: Recyclinganteile erhöhen. Wertstoffkreisläufe schließen. Neues Plastik reduzieren. Und neu denken“, behauptet der Konzern. Doch den schönen Werbeworten folgen Scheinlösungen, während konsequentes Vermeiden unnötiger Verpackungen und Umstellen auf Mehrweg fehlen.

Besser Mehrweg als Recycling

Dass eine Lebensmittelverpackung recyclingfähig ist, heißt leider nicht, dass sie tatsächlich recycelt wird. Selbst wenn ein Recycling stattfindet, handelt es sich häufig um ein Downcycling, bei dem minderwertiges Material entsteht, in das keine Lebensmittel verpackt werden können. Statt sich vor allem auf Recycling zu konzentrieren, sollte

Nestlé Kleinstmengen wie Smarties Minis oder Aluminium-Kaffeekapseln abschaffen, denn solche Portionsverpackungen belasten die Umwelt mit einem unnötig hohen Verpackungsanteil. Wir fordern das Unternehmen auf, stärker auf Mehrwegverpackungen bei Getränken, Milchprodukten, bei Ölen oder bei Kaffee und Kakao zu setzen.

Papier ist nicht per se nachhaltiger als Plastik

Einweg-Papierverpackungen verursachen ebenso viel Müll wie Einweg-Plastik. Mit seinen Werbeaussagen vermittelt Nestlé Verbraucherinnen und Verbrauchern, dass sie guten Gewissens zur Einwegverpackung greifen können. Doch für die Herstellung von Papier werden jedes Jahr weltweit drei Milliarden Bäume gefällt und enorme Mengen Wasser und Energie benötigt. Noch dazu sind Papierverpackungen häufig mit schädlichen Chemikalien belastet.

Mit dem Goldenen Geier fordern wir Nestlé auf, sich seiner Umweltverantwortung zu stellen und „unterwegs nach besser“ mit wirklich nachhaltigen Verpackungslösungen wahrzumachen. (as) ■

HVO100: Palmöl durch die Hintertür

Vor dem Hintergrund des Lobbykandals um HVO100 wirft die DUH einen genaueren Blick auf den Kraftstoff. Denn am Bild vom klimafreundlichen Sprit aus altem Frittenfett ist fast alles falsch.



Mal wieder steht das Verkehrsministerium im Zentrum eines Kraftstoff-Lobbykandals. Diesmal geht es um den biogenen Kraftstoff HVO100, der seit Ende Mai in Deutschland zugelassen ist. Schon Monate vorher rührten Verkehrsminister Wissing und sein Parlamentarischer Staatssekretär Luksic massiv die Werbetrommel für den Sprit. Recherchen des TV-Magazins „ZDF frontal“ haben gezeigt, dass dahinter eine konzertierte Kampagne der Verbrenner-Lobby steckt, für die sich die FDP-Politiker nur allzu bereitwillig einspannen ließen.

Zeit für einen werbefreien Blick auf die Fakten

HVO steht für Hydrotreated Vegetable Oil, hydriertes Pflanzenöl, und ist ein für Dieselmotoren tauglicher Kraftstoff, der aus biogenen Rohstoffen pflanzlichen oder tierischen Ursprungs gewonnen wird. Politik und Hersteller behaupten stets, dass HVO100 nur aus Abfall- und Reststoffen

hergestellt werde. Aber: Gesetzlich ist das keineswegs vorgeschrieben. Grundsätzlich können sehr viele verschiedene Stoffe als Basis für HVO dienen, von frischem Palmöl bis zu Überresten geschlachteter Tiere. Die konkreten Inhaltsstoffe sind fast immer intransparent – und am Kraftstoff selbst lässt sich nicht mehr feststellen, woraus er produziert wurde.

Hohes Risiko für Betrug

Inwieweit angebliche Abfallstoffe tatsächlich solche sind, ist zudem oft höchst fraglich. Für in Deutschland getanktes HVO wird in großen Mengen aus Asien importiertes palm oil mill effluent (POME) – Abwasser aus der Palmölproduktion – verwendet. Physisch ist POME von frischem Palmöl nicht unterscheidbar und es gibt klare Hinweise, dass Betrug durch Umetikettierung stattfindet: Indonesien und Malaysia exportieren laut Branchenmeldungen mehr POME als sie auf Basis ihrer Palmölproduktion überhaupt haben können.

Neben POME sind „gebrauchte Speiseöle“ ein beliebter Rohstoff für HVO. Wer jetzt an das Frittenfett vom Sandwich-Shop um die Ecke denkt, liegt aber falsch: Die heimischen Mengen sind längst ausgereizt, auch dieser Rohstoff wird darum in großem Stil aus Asien importiert. Und auch hier weisen Unstimmigkeiten in den Bilanzen auf Betrug hin: Malaysia etwa exportiert dreimal mehr „Alt-speiseöl“, als im Land anfällt.

Insgesamt 99,9 Prozent der Ausgangsstoffe für hierzulande getanktes HVO stammen nicht aus Deutschland. HVO ist ein reines Importprodukt – größtenteils auf Basis betrugsanfälliger, zumeist aus der Palmölproduktion stammender Pflanzenöle, die um den halben Globus geschippert werden und von denen niemand sicher nachweisen kann, ob sie wirklich „Abfall“ darstellen.

Laut einer Analyse des US-Marktes besteht ein hohes Risiko, dass der HVO-Boom die klimaschädliche Palmölproduktion in Südostasien anheizt – auf Kosten der letzten dortigen Regenwälder und ihrer Artenvielfalt. Mit Klimaschutz hat das nichts zu tun.

Mehr Stickoxide als bei fossilem Dieselkraftstoff

Außerdem entstehen bei der Verbrennung von HVO gesundheitsschädliche Schadstoffe. Wir haben bei ersten eigenen Abgastests an zwei Fahrzeugen mit HVO100 sogar deutlich höhere Stickoxidemissionen gemessen als mit fossilem Sprit.

Für die Verbrenner-Lobby ist HVO100 attraktiv, weil der Kraftstoff dabei hilft, dem Märchen vom klimaverträglichen Verbrennungsmotor einen Anstrich von Glaubwürdigkeit zu verleihen. Faktisch verstrickt Deutschland sich dabei in dubiose Importe und Betrug, wir riskieren einen neuen Palmöl-Boom. Statt Scheinlösungen zu bewerben und Verbrenner-Greenwashing zu betreiben, muss die Politik endlich die Mobilitätswende anpacken! (jb) ■

»Die Geschichte von Ruth Klüger.

Wie ein kleines Mädchen mit Glück und
Gedichten am Leben blieb.«



ERHÄLTlich UNTER
edition.biorama.eu

Ruth Klügers beeindruckende Lebensgeschichte soll inspirieren. Kindgerecht aufbereitet, fundiert recherchiert und liebevoll illustriert und erzählt – als haptisches Erlebnis zum Immer-wieder-in-die-Hand-Nehmen, zum gemeinsamen Lesen oder als Geschenk!



Bücher über Vorbilder, gute Beispiele und beeindruckende Persönlichkeiten.

Edition BIORAMA



Umweltpionier für Deutschland, Europa und die Welt

Klaus Töpfer war ein energischer Fürsprecher für Natur und Klima. Er starb am 8. Juni dieses Jahres im Alter von 85 Jahren. Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner zeichnet die wichtigsten Stationen nach und ordnet sie ein: Als Vorreiter für den Umweltschutz hat Töpfer zugleich das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt gestellt. Er moderierte, er stritt und überzeugte.

Wegen seiner Lebensleistung genoss der Politiker und Mensch Klaus Töpfer über unterschiedliche politische Lager hinweg immensen Respekt, auch weit über unsere Landesgrenzen hinaus. Mit Professor Klaus Töpfer trauert die Deutsche Umwelthilfe „um einen verdienten Politiker und streitbaren Kämpfer für die Nachhaltigkeit, der die Umwelt- und Klimapolitik unseres Landes maßgeblich geprägt hat.“ So die Reaktion des heutigen CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz auf den Tod des Parteifreunds.

Es war einmal: Umweltvorreiter Deutschland

Klaus Töpfer wurde 1987 zum zweiten Umweltminister der Regierung Kohl ernannt und startete gleich mit einem ambitionierten Reformprogramm. Erfolg hatte Töpfer mit der Verabschiedung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der Durchführung anspruchsvoller Gewässerschutzmaßnahmen am Rhein als Reaktion auf die Sandoz-Katastrophe, bei der nach einem Großbrand in dem Schweizer Chemiewerk über 10.000 Kubikmeter giftiges Löschwasser austraten und zu einem Fischsterben im ganzen Fluss führten.

Deutschland war in diesen Jahren Teil einer Vorreiterkoalition innerhalb Europas. So verabschiedete die EU im Vorfeld des Erdgipfels von Rio 1992, auch auf deutsches Betreiben hin, das erste Klimaschutzprogramm der EU und die den Naturschutz in Europa bis heute prägende Habitat-Richtlinie. Damit konnte Europa in Rio als glaubwürdiger Vorreiter auftreten. Eine Rolle, die in den folgenden Jahren aber verloren ging. Auch in Deutschland wurde nach der Wiedervereinigung das Anspruchsniveau der Umweltpolitik radikal gesenkt. Nach der Bundestagswahl 1994 versetzte Kanzler Kohl den ambitionierten und ehrgeizigen Umweltminister Töpfer ins Bauministerium.

Der Deutsche in Nairobi

Aus der bundespolitischen Sackgasse heraus gelang Klaus Töpfer zum Ende der Ära Kohl die Wandlung zur weltweit anerkannten Stimme für nachhaltige Entwicklung und zum global respektierten Staatsmann. Von 1998 bis 2006 war Töpfer Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) in Nairobi.

Diese Phase und der zeitweise Umzug nach Afrika beeinflussten ihn sehr. Er machte es sich zum Anliegen, immer wieder auf die massiven Gerechtigkeitsfragen hinzuweisen, die die Auseinandersetzung um Umwelt- und Klimaschutz nicht nur in Deutschland, sondern weltweit prägen. Und er sah seine Mission bis zum Schluss darin, an die Schlüsselrolle des Themas Nachhaltigkeit nicht nur zum Schutze der Umwelt, sondern auch als Grundlage unserer Wirtschaft und einer friedlichen Entwicklung in unserer Welt zu erinnern. Klaus Töpfer wurde zum Vorreiter der Klimagerechtigkeitsbewegung. Die momentane Debatte um die Kürzung der Mittel für internationale Zusammenarbeit, gerade im Klima- und Naturschutz, hätte er aufs Entschiedenste missbilligt.

Befriedung des Atomkonfliktes

Töpfer war ein streitbarer Demokrat, aber er konnte auch Streit schlichten. Sein Beitrag zur Befriedung des jahrzehntelangen Konfliktes um die Atomkraft war historisch. Kein umweltpolitischer Konflikt



Legendär: Töpfer durchschwamm 1988 den Rhein. Später klärte er über den Grund auf – eine verlorene Wette.

hat Deutschland so gespalten wie der Streit um die Atomkraft. Der Volkswirt Klaus Töpfer entwickelte sich von einem skeptischen Befürworter des deutschen Atomprogramms während seiner Amtszeit als Umweltminister zu einem Befürworter des Umstieges auf erneuerbare Energien. Als einem der beiden Vorsitzenden der sogenannten Ethik-Kommission, gelang es ihm, einen breiten Konsens zum schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie herzustellen und, was heute vergessen wird, zum Einstieg in eine umfassende Energiewende – getragen von einer überparteilichen Mehrheit im Deutschen Bundestag. Heute würde uns Klaus Töpfer mahnen: Der gesellschaftliche Friede bei Atomausstieg und Energiewende ist ein hohes Gut und darf niemals aus kurzfristigem parteipolitischen Kalkül gefährdet werden.

Das Erbe: Umweltpolitik geht nur parteiübergreifend

Umweltpolitik in Deutschland hat sich lange Jahre dadurch positiv ausgezeichnet, dass ein Grundkonsens, beispielsweise über die Notwendigkeit des Klimaschutzes, über Parteigrenzen hinweg bestand. Dieser Konsens ist in den vergangenen Jahren ins Wanken geraten, bleibt aber Grundvoraussetzung dafür, dass nachhaltige Politik über Legislaturperioden hinaus und in langen Linien gedacht und gemacht werden kann.

In diesem Sinne fühlen wir als Deutsche Umwelthilfe uns dem Erbe von Klaus Töpfer verpflichtet und sind hoffnungsfroh, dass dieses Erbe auch in der CDU, der Partei des großen Staatsmannes Klaus Töpfer, weiterleben wird. Auch jenseits des tagespolitischen Streites, der eine Demokratie ausmacht, gehören die großen Fragen der Nachhaltigkeit spätestens seit Klaus Töpfer zur DNA der Bundesrepublik und unserer sozialen Marktwirtschaft.

Der deutschen Natur- und Umweltschutzbewegung und auch unserer Organisation war Klaus Töpfer besonders verbunden. Wir haben ihn immer als im besten Sinne konservativen, auch tief in seinem Glauben verankerten Ratgeber geschätzt. »



Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner

Klaus Töpfer und die Deutsche Umwelthilfe

Er schätzte die Umweltschutzverbände als Motor für den gesellschaftlichen Wandel. Mit der Deutschen Umwelthilfe verband Klaus Töpfer dasselbe Konzept: große Ziele anzustreben und die Menschen mitzunehmen. Von persönlichen Begegnungen berichtet Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch.

Im Sommer 1988, kurz nach Töpfers Amtsantritt als Umweltminister, lud ihn unser damaliger Bundesvorsitzender Gerhard Thielcke zu einem Grundsatzgespräch über die Neuausrichtung der Umwelt- und Energiepolitik ein. Bei dieser Gelegenheit habe ich Klaus Töpfer persönlich kennengelernt – als einen am Erhalt einer intakten Natur und Umwelt ehrlich interessierten Politiker, womit er schon damals eine Ausnahmeerscheinung war. Es ging ihm immer um die Sache.

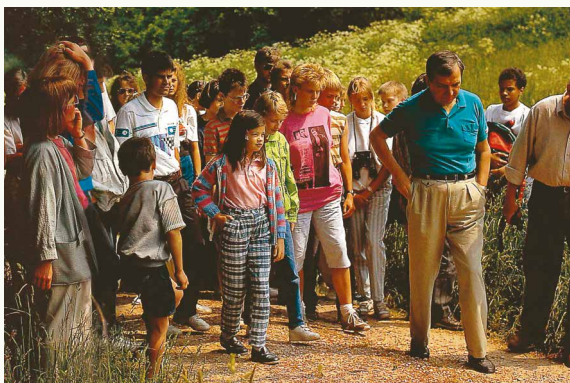
Dieses erste Treffen in unserer Radolfzeller Geschäftsstelle dauerte über sechs Stunden. Und auch wenn wir am Ende beim Thema Atomkraft im Dissens blieben, gelang es, im Naturschutz, Verkehr und in der Kreislaufwirtschaft den Grundstein für einen Jahrzehnte fortdauernden Austausch auf Augenhöhe zu legen.

Der Zivilgesellschaft verbunden

Der 2. Oktober 1990 war ein nebliger Herbsttag am Bodensee. Mit einer Pressekonferenz auf einem Kursschiff der Weißen Flotte starteten wir im Beisein des Bundesumweltministers unser Bodensee-Umweltschutzprojekt. Klaus Töpfer erzählte in seiner Rede vom Kopfschütteln seiner Kabinettskollegen, weil er am Tag vor der Wiedervereinigung der Einladung eines Umweltverbandes folgte. Er begründete seine Entscheidung mit der umweltpolitischen Signalwirkung unseres Regionalentwicklungsprojektes, das die Wirtschaft, die Politik und den Umweltschutz gleichermaßen in den Blick nahm und später mit vielen Preisen ausgezeichnet wurde.

Aus dem Bodensee-Umweltschutzprojekt erwuchs 1994 die „Bodensee-Stiftung für Natur und Kultur“ und 1998 das Seennetzwerk Living Lakes des Global Nature Fund, in dem mittlerweile 113 Partnerprojekte auf allen Kontinenten mitwirken. Über 34 Jahre begleitete Töpfer das Netzwerk als Schirmherr und arbeitete persönlich mit, wenn ihm seine vielen Tätigkeiten Zeit dafür ließen.

Ich kenne keinen anderen Regierungspolitiker, der wie er an Projekten von Umweltorganisationen auf Augenhöhe mit den anderen Teilnehmerinnen einfach mitmachte. Besonders eindrucksvoll war die Living Lakes Konferenz im Herbst 2002 in Pretoria, bei der Klaus Töpfer an zwei Tagen in den Arbeitsgruppen mitdiskutierte und vor allem von den Teilnehmern lernen wollte. Und dies wenige Tage bevor seine eigene Rio-Weltkonferenz stattfand.



Preisträger des UmweltMedienpreis 2013, beim Europäischen Umweltjahr 1988, Podiumsbeitrag anlässlich der 40-Jahr-Feier der DUH, Schirmherr von „Jugend erlebt Natur“ 1989

Als Bundesumweltminister begleitete er viele DUH-Projekte. Ich erinnere mich an die Auftaktveranstaltung unserer Aktion „Jugend erlebt Natur“, bei der Töpfer den anwesenden Journalisten überzeugend vermittelte, wie wichtig diese Initiative sei: Er sei nicht nur zur Eröffnungsrede erschienen, sondern freue sich besonders auf den Tag mit den jungen Menschen, um mit ihnen die Wunder in der Natur zu entdecken.

Der zornige Kämpfer

Als Kuratoriumsmitglied der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover erlebte ich die Verwandlung von Klaus Töpfer in einen teils zornigen Kämpfer für den internationalen Umwelt- und Klimaschutz. Gemeinsam stritten wir in vielen Sitzungen für eine andere Sicht auf die Armut- und Umweltprobleme, die wir samt Lösungsbeispielen in Projekten auf der Weltausstellung zeigen wollten. Ich war tief beeindruckt, wie Töpfer selbst CDU-Regierungsmitglieder massiv kritisierte.

Unter Bundeskanzler Helmut Kohl konnte sich Töpfer aber oft nicht gegen große Industriekonzerne durchsetzen, die ihn über das Kanzleramt ausbremsten. So geht auch seine Abberufung mit Ersetzung durch Angela Merkel im Jahr 1994 auf eine massive Intervention von BASF zurück. Nach wenigen Jahren als Bauminister fand Töpfer seine wahre Berufung im neugeschaffenen Posten des Exekutivdirektors und damit auch des protokollarischen Stellvertreters des UN-Generalsekretärs.

Für sein Lebenswerk hat die Deutsche Umwelthilfe Klaus Töpfer im Jahr 2013 mit dem UmweltMedienpreis geehrt.

Eine nahbare Persönlichkeit

Sein ganzes Leben war von Neugierde geprägt, sein Ringen um wirkliche Problemlösungen machten Klaus Töpfer aus. Er war nicht nur leidenschaftlich engagiert, sondern auch nahbar.

An Freitagnachmittagen war sein Vorzimmer unbesetzt. Ließ man dann seine Direktdurchwahl lange klingeln, nahm Töpfer persönlich ab und war immer zu einem Gespräch bereit. In seiner Zeit als UNEP Exekutivdirektor in Nairobi kam er vor seinen Mitarbeiterinnen ins Büro. Gab es einen dringenden Grund, konnte man ihn dort morgens um sechs Uhr telefonisch erreichen.

Vor der Europawahl besuchte er uns noch einmal in unserer Berliner DUH-Geschäftsstelle. Klaus Töpfer hat den Begriff Suffizienz in den Wahlprogrammen aller Parteien vermisst. Auch die Bilanz seiner jahrzehntelangen Arbeit für die Umwelt zählte zu unseren Gesprächsthemen – da ging er mit dem Erreichten kritisch ins Gericht.

Uns forderte er auf, unseren Kurs beizubehalten und vor allem für eine Zukunft der Menschen einzutreten. Wenige Wochen nach seinem Tod erfuhren wir, dass es ihm ein großes Anliegen war, unsere Arbeit weiterhin zu unterstützen. Seine Familie informierte uns, dass ihm dies ein besonderer Wunsch war. ■



Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch

Foto: Steffen Holzmann

Anzeige

Impulse für ein freieres Leben.

Streitbar, lebensnah, konkret – das neue Philosophie Magazin

philomag.de



Berufswunsch mit Perspektive: Die Zukunft nachhaltig gestalten

Den dringend erforderlichen beruflichen Nachwuchs für die Arbeit im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu qualifizieren, ist der DUH ein großes Anliegen. Ein möglicher Weg für junge Menschen, sich für die Arbeit in einem Umweltverband oder einer anderen NGO gezielt zu qualifizieren, führt über ein Studium am Umwelt-Campus Birkenfeld, ein anderer über ein einjähriges Traineeship direkt bei der DUH.

Für die gute Sache kämpfen und bei einer NGO arbeiten, das wünschen sich viele junge Menschen. Seit drei Jahren können nun Abiturienten und alle mit einem Hochschulzugang direkt auf dieses Ziel hin am Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier studieren. Der innovative und praxisorientierte Studiengang „Nonprofit und NGO-Management“ geht auf eine Initiative der DUH und mehrjährige Gespräche mit Professor Klaus Rick vom Umwelt-Campus zurück. In sechs Semestern werden die Studierenden für die hauptamtliche Arbeit in Umweltverbänden und vielen anderen gemeinnützigen Organisationen oder auch Unternehmen, die eine Transformation zu nachhaltigen Wirtschaftsweisen vollziehen wollen, ausgebildet. Bei der Entwicklung der Studieninhalte war die DUH ebenso beteiligt. Auch in die Ausbildung selbst bringen sich Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch und weitere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der DUH mit Praxisseminaren, Vorträgen und Workshops ein.

Engagement als Beruf

Der Bachelor-Studiengang wird neben der grundständigen auch als duale Variante angeboten, die mehrere längere bezahlte Arbeitsaufenthalte bei NGOs in den vorlesungsfreien Zeiten vorsieht. Leon Messner absolviert zurzeit sein zweites achtwöchiges Praktikum bei der DUH. Den 24-Jährigen begeistert die passgenaue praxisintegrierte Ausbildung. „Vor Studienbeginn war ich beim Tag der offenen Tür am Umwelt-Campus, dem drittökologischsten Studienstandort der Welt, im deutschen Ranking auf Platz eins. Was ich in meinem Studium sehr schätze, ist der intensive Austausch mit unseren Professoren. Die Arbeit in kleinen Gruppen führt auch zu einer sehr guten Betreuung.“

Politisert hat ihn der Dieselskandal 2015. „Seither ist mir die Arbeit der Umwelthilfe sympathisch, meine Praxisanteile bei der DUH verbringen zu können, hat mich neben dem tollen Campus sehr motiviert“. Ab der zehnten Klasse hat er schon regelmäßig den Unterricht verlassen, um sich in Konstanz bei den Fridays for Future zu engagieren. „Hier bei der DUH erlebe ich, wie gut mich das Studium auf die Praxis vorbereitet und wie mir umgekehrt die Praxis einen



Im „Kommunikationsgebäude“ des Umwelt-Campus, einem Net-Zero-Passivhaus, finden Vorlesungen, Seminare und Veranstaltungen statt.

besseren Zugang zu allen Studieninhalten gibt. Das Bild fügt sich in den vielen Studienbausteinen viel besser zusammen.“ Die Arbeit erlebt er als abwechslungsreich, er profitiere extrem von der Expertise derjenigen, mit denen er zusammenarbeite. „Hier konnte ich die erlernten betriebswirtschaftlichen oder auch umweltrechtlichen Inhalte bereits anwenden, dem Stoff des dritten Semesters zu Kommunikations- und Social Media-Management greife ich jetzt durch meine Arbeit im DUH-Newsroom schon etwas vor.“

Im Oktober beginnt für Leon Messner das dritte Semester seines Nonprofit- und NGO-Management-Studiums. Er hat sich für die praxisintegrierte dualen Variante entschieden und bereits zwei achtwöchige Praxisphasen in den vorlesungsfreien Zeiten bei der DUH absolviert.





Als einer der Ideengeber des von Studiengangsleiter Professor Dr. Klaus Rick (li) initiierten Studiengangs „Nonprofit und NGO-Management“, bringt sich Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch (re) auch mit Vorträgen in die Ausbildung ein.

Karriere in der gemeinnützigen Arbeit

Allein in Deutschland beschäftigen nicht-gewinnorientierte und Nichtregierungs-Organisationen etwa drei Millionen Menschen. „Da verstärkt jetzige Führungsspitzen in den NGOs absehbar in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen, stellen wir dieser Entwicklung gut ausgebildeten akademischen Führungsnachwuchs im Nonprofit-Bereich gegenüber“, sagt Professor Klaus Rick vom Umwelt-Campus. Er ist für die gemeinsam mit Jürgen Resch entwickelte Idee verantwortlich und hat den noch jungen Studiengang aufgebaut. „Wir rücken so Angebot und Nachfrage rechtzeitig näher zusammen und geben das Wissen weiter.“

„Der Bedarf ist da, junge Leute auf diesen Sektor systematisch vorzubereiten“, bestätigt Resch, der die Nachwuchssorgen vieler Nichtregierungs-Organisationen kennt: „Hier wollen wir mithelfen. NGOs gewinnen immer stärker an Bedeutung als Stimme und Korrektiv für die Politikgestaltung und öffentliche Meinungsbildung – und bieten gute Karrieremöglichkeiten.“

Traineeship bei der DUH

Eine weitere Einstiegsmöglichkeit in das Berufsleben als Umwelt- und Klimaschutz-Profi führt über ein einjähriges Trainee-Programm bei der DUH, das ebenfalls vergütet wird. Die notwendigen Kompetenzen für die vielfältigen und komplexen Aufgaben im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz können bei uns im Anschluss an eine Ausbildung, ein Studium oder erste Berufserfahrungen direkt erworben werden. Trainee-Stellen bieten wir regelmäßig in all unseren Fachbereichen an, aber auch an Schnittstellen wie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, im Kampagnen- oder im Marketing-Team. Jeder Trainee wird von einem Mentor oder einer Mentorin aus der entsprechenden Abteilung, in der sie oder er gleichzeitig lernt und arbeitet, persönlich begleitet. Auch Weiterbildungsmöglichkeiten sind Teil des Programms. Ziel ist auch hier die Ausbildung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Was uns besonders freut: Fast alle unsere Trainees bleiben im Anschluss an das Ausbildungsjahr! (ak) ■



Informieren und bewerben Sie sich am Umwelt-Campus Birkenfeld, die Aufnahme zum Wintersemester 2024/25 ist noch möglich:

www.umwelt-campus.de/ngo



Wer an einer Trainee-Stelle bei der DUH interessiert ist, kann hier unsere Stellenangebote finden und auch abonnieren oder sich initiativ bewerben:

www.l.duh.de/jwhse



Der idyllisch gelegene Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier ist als „Zero Emission University“ seit Jahren unangefochten Deutschlands „Grünster Hochschulstandort“. Im internationalen Green Metric Ranking belegte er 2023 weltweit den dritten Platz als nachhaltigste Hochschule unter knapp 1.200 Hochschulen.



Die Geheimnisse der Apotheker-Schlange

Sie tötet wie eine Python. Die größte heimische Schlange hat die Körperlänge eines erwachsenen Menschen, der auch ihr größter Feind ist. Verständlich also, dass sie im Verborgenen lebt, in Deutschland leider nur noch an vier Standorten. Bereits seit der Antike gilt die Äskulapnatter als Symbol der Heilkunst.

■ von Peer Cyriacks

Ein heißer Augusttag neigt sich dem Ende zu. Auf den uralten Treppenstufen des Eberbacher Klostergartens spielt sich unbemerkt ein Drama ab. Fast zwei Meter lang, schlängelt sich lautlos eine der seltensten Schlangen Deutschlands über die aufgeheizten Steine. Die spätsommerliche Wärme macht das tagaktive Reptil schnell und wendig. Schon nach kurzer Zeit überrascht die Jägerin eine Zauneidechse, die sie packt, blitzschnell umwickelt und verschlingt. Im Schatten dichter Wälder und an sonnigen Hängen findet man jenes faszinierende Wesen: die Äskulapnatter.

Spektakulär, aber für den Menschen harmlos

Das Wichtigste vorweg: Das lange Tier ist ungiftig und weder für Menschen noch deren Vierbeiner gefährlich. Wo ihre Lebensräume von Straßen zerschnitten sind, werden viele Nattern überfahren. Möglicherweise werden sie auch aus Unwissenheit vom Menschen getötet.

Charakteristisch für das Reptil sind seine glänzend graue oder olivgrüne Färbung und seine langgestreckte, schlanke Gestalt. Mit einer durchschnittlichen Länge von um die 140 Zentimetern, selten bis zu zwei Metern, ist sie unsere längste heimische Schlange. Zu ihrem schlanken Erscheinungsbild trägt bei, dass der Kopf im



Der Kaltblüter ist zur Regelung seiner Körpertemperatur auf die Sonne angewiesen.

Gegensatz zu anderen Schlangen kaum ausgeprägt ist. Besonders auffällig sind die Jungtiere, deren hell gefärbte Rücken dunkle Flecken aufweisen. Die quer über die Schnauze verlaufende Binde sowie eine V-förmige Markierung im Nacken können zu Verwechslungen mit der Ringelnatter führen.

Kriech- und Kletterschlange zugleich

Die Äskulapnatter ist stark standortgebunden und bevorzugt warme, sonnige Gebiete mit vielen Versteckmöglichkeiten. Oft lebt sie in der Nähe von Gewässern, wo sie sich von Amphibien, Kleinsäugetern und Vögeln ernährt. Sie jagt ihre Beute aktiv und erstickt größere Tiere meist durch Umschlingen. Indem sie ihre Schuppen spreizt, kann sie klettern, sogar senkrecht an Baumstämmen. Die meiste Zeit hält sie sich jedoch am Boden oder in niedrigem Gebüsch auf. Auf Störungen reagiert die Schlange in der Regel nicht aggressiv, kann aber beißen, besonders, wenn sie festgehalten wird.

Die schöne Schlange ist aufgrund ihres großen Verbreitungsgebietes weltweit nicht gefährdet. Hierzulande ist die Situation jedoch bedrohlich und die Art ist als stark gefährdet eingestuft. Denn die wenigen bekannten Vorkommen in Deutschland sind nicht miteinander vernetzt. Sie liegen im Rheingau bei Schlangenbad, im südlichen Odenwald, an der unteren Salzach und an der Donau bei Passau.

Obwohl die Äskulapnatter als Kaltblüter auf die Sonne angewiesen ist, um ihre Körpertemperatur zu regulieren, verbringt sie den größten Teil des Tages in Verstecken wie Steinhäufen, hohlen Baumstämmen oder unter Sträuchern. Diese bieten nicht nur Schutz vor Fressfeinden, sondern dort halten die Tiere auch bis zu sechs Monate lang Winterruhe.

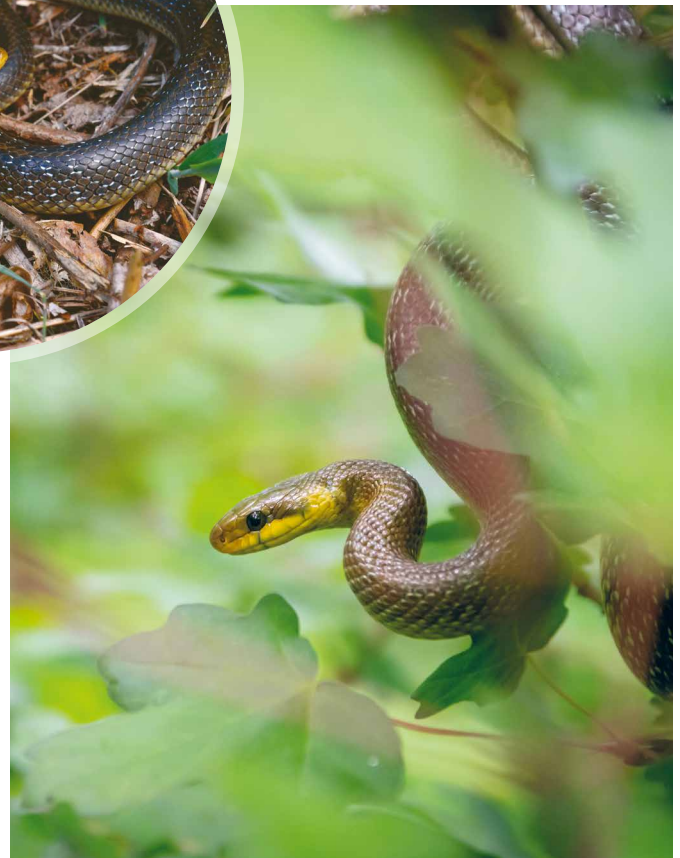
Kräftemessen mit Nebenbuhlern

Im Frühsommer, wenn die Temperaturen steigen, buhlen die Männchen in eindrucksvollen Balzritualen um die Gunst der Weibchen. In sogenannten Kommentkämpfen ringen die Kontrahenten so lange miteinander, bis einer zu Boden gedrückt wird. Verletzungen treten dabei nicht auf. Der Gewinner packt das Weibchen mit einem Nackenbiss und hält es so fest. Erst dann kommt es zur eigentlichen Paarung. Im Juli legt das Weibchen in feuchter Erde, in Pflanzenresten oder unter Steinen fünf bis zehn Eier ab, aus denen im September die Jungtiere schlüpfen.

Im Zeichen von Medizin und Apotheke

In jeder deutschen Stadt sieht man die seltene und faszinierende Äskulapnatter auf den Apothekenschildern mit dem roten A. Ihr Name leitet sich vom altgriechischen Gott der Heilkunst, Asklepios, ab. In der griechischen Mythologie wurde Asklepios oft von Schlangen begleitet, die als Symbole der Heilung galten.

Tatsächlich wurden Schlangen und ihre Gifte in der Vergangenheit in der Medizin zur Behandlung verschiedener Krankheiten eingesetzt. Auch heute finden einige Schlangengifte medizinische Anwendungen wie in der Schmerztherapie und bei der Entwicklung von Medikamenten. So erinnert das Tier an die enge Verbindung zwischen Natur und Medizin, Vergangenheit und Gegenwart. ■



Die Äskulapnatter klettert senkrecht an Bäumen hoch, um im Geäst ihre Beute zu verfolgen. Vorwiegend hält sie sich aber am Boden auf, wo sie auch ihre Eier ablegt.



Steckbrief

Äskulapnatter (*Zamenis longissimus*)

Verwandtschaft: Familie der Nattern (Colubridae)

Aussehen: Körperlänge 1,4 – 1,6 Meter, max. bis 2 Meter. Über ihren graubraunen bis olivgrünen Rücken zieht sich eine schwarze Linie, der Bauch ist meist gelb-grau. Der schlanke Körper wird am Kopf nur wenig breiter.

Lebensraum und Verbreitung: Nordafrika, Kleinasien, Südeuropa. Lebt im Gebirge, in Waldgebieten, Trockenlandschaften, Feuchtwiesen, an Böschungen.

Nahrung: Eidechsen, Mäuse, Ratten, Maulwürfe, Vogeleier, Vögel

Fortpflanzung: Paarung im Mai, Eiablage im Juli. Die Jungtiere schlüpfen im September.

Gefährdung: Weltweit nicht bedroht. In Deutschland stark gefährdet. Auf der Roten Liste, Kategorie 2.



Umwelt bewahren, Zukunft gestalten

Bestellen Sie jetzt den Ratgeber für Nachlass und Testament

Als Teil eines großen Kreislaufs der Natur hinterlassen wir alle Spuren auf dieser Welt. Doch wer die Zukunft über das eigene Leben hinaus gestalten möchte, benötigt ein Testament. Wie Sie Ihren letzten Willen rechtssicher aufsetzen und welche Gestaltungsmöglichkeiten Sie haben, erklären wir in unserem neuen Testamentsratgeber.

Kostenlose Bestellung:
testament@duh.de

Sie denken darüber nach, die Arbeit der Deutschen Umwelthilfe in Ihrem Testament zu bedenken? Wir unterstützen Sie sehr gerne dabei. Kontaktieren Sie uns für Beratung und Unterstützung – wir nehmen uns Zeit für Ihre Anliegen und Gedanken.

Informationen:
Jutta Windeck
windeck@duh.de



Mein Erbe
tut Gutes.
Das Prinzip Apfelbaum



www.duh.de/spenden/testament

Foto: AVTG/stock.adobe.com

Deutsche Umwelthilfe e.V. | Fritz-Reichle-Ring 4 | 78315 Radolfzell | Tel. 07732 9995-0 | Fax 07732 9995-77 | info@duh.de | www.duh.de
Unser Spendenkonto: SozialBank | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX

umwelthilfe



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

